

Grunau, Philipp; Hoffmann, Florian; Titze, Mirko

Research Report

Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien trotz positiver Arbeitsmarktentwicklung: Welche Rolle spielen ökonomische Faktoren?

IWH Studies, No. 1/2026

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Grunau, Philipp; Hoffmann, Florian; Titze, Mirko (2026) : Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien trotz positiver Arbeitsmarktentwicklung: Welche Rolle spielen ökonomische Faktoren?, IWH Studies, No. 1/2026, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale),
<https://doi.org/10.18717/s04gp-4c10>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/343594>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

IWH Studies

1/2026

August 2026



Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien trotz positiver Arbeitsmarktentwicklung: Welche Rolle spielen ökonomische Faktoren?

Philipp Grunau, Florian Hoffmann, Mirko Titze

<https://doi.org/10.18717/s04gp-4c10>

Impressum

Kontakt

PD Dr. Mirko Titze

Tel +49 345 77 53 861

Fax +49 345 77 53 820

E-mail: mirko.titze@iwh-halle.de

Autoren

Philipp Grunau, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Florian Hoffmann, Vancouver School of Economics, University of British Columbia und

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Mirko Titze, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Herausgeber

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Geschäftsführender Vorstand

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.

Professor Dr. Oliver Holtemöller

Professor Michael Koetter, Ph.D.

Dr. Tankred Schuhmann

Hausanschrift

Kleine Märkerstraße 8

D-06108 Halle (Saale)

Postanschrift

Postfach 11 03 61

D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60

Fax +49 345 7753 820

www.iwh-halle.de

Alle Rechte vorbehalten

Zitierhinweis

Grunau, Philipp; Hoffmann, Florian; Titze, Mirko: Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien trotz positiver Arbeitsmarktentwicklung: Welche Rolle spielen ökonomische Faktoren? IWH Studies 1/2026. Halle (Saale) 2026.

ISSN 2702-4733

Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien trotz positiver Arbeitsmarktentwicklung: Welche Rolle spielen ökonomische Faktoren?

Halle (Saale), 31.08.2026

Inhaltsverzeichnis

Die wichtigsten Punkte im Überblick.....	5
1 Einleitung.....	7
2 Konzeptionelle Überlegungen.....	8
2.1 Erkenntnisse aus der Literatur	8
2.2 Methodik	10
2.3 Daten	11
3 Faktenlage zum Wahlverhalten in Deutschland.....	13
3.1 Wahlbeteiligung, Briefwähler, ungültige Stimmen	13
3.2 Ergebnisse in Bundestagswahlen.....	13
3.3 Regionale Variation der Wahlergebnisse	14
4 Treiber für den Wahlerfolg von Rechtspopulisten	17
4.1 Empirische Befunde	17
4.2 Wirtschaftspolitische Implikationen.....	21
5 Zusammenfassung	23
Literatur	24
Anhang	28

WAHLERFOLGE RECHTSPOPULISTISCHER PARTEIEN TROTZ POSITIVER ARBEITSMARKTENTWICKLUNG: WELCHE ROLLE SPIELN ÖKONOMISCHE FAKTOREN?¹

Die wichtigsten Punkte im Überblick

(1) Rechtspopulistische Parteien haben in fast allen westlichen Demokratien in den letzten Jahren große Wahlerfolge erzielt. Im gesellschaftlichen Diskurs wächst daher die Sorge, dass dies negative Einflüsse auf gesellschaftlichen Zusammenhalt, demokratische Prozesse und die wirtschaftliche Entwicklung haben könnte.

(2) Es gibt daher einen großen Bedarf an evidenzbasierten Erkenntnissen zu den treibenden Kräften des Erstarkens rechtspopulistischer Parteien. Ein besonderes Augenmerk liegt hier auf arbeitsmarktrelevanten Determinanten, denn diese können durch die Wirtschaftspolitik direkt beeinflusst werden.

(3) Bislang ist die Evidenzlage zu dieser Frage keineswegs eindeutig. Während für einzelne Wahlen eine Korrelation zwischen sozioökonomischer Schwäche und rechtspopulistischem Wahlverhalten besteht, ist in Deutschland **über die Zeit** der Stimmenanteil für die AfD insbesondere in jenen Regionen stark gestiegen, die auf eine überaus positive Entwicklung ihrer Arbeitsmärkte zurückschauen können, etwa in Ostdeutschland. Dieser scheinbare Widerspruch wird oft als Evidenz interpretiert, dass ökonomische Faktoren für den Erfolg der AfD von untergeordneter Bedeutung sind.

(4) Die vorliegende Untersuchung zeigt für die Bundestagswahlen zwischen 2013 und 2025, dass sich dieser Widerspruch auflösen lässt, wenn man neben einer reinen Betrachtung im Längsschnitt zusätzlich Aspekte im Querschnitt berücksichtigt. Demnach sind es vor allem die historisch langfristigen Niveauunterschiede und weniger die kontemporären Änderungen der regionalen Arbeitslosenquote, die mit dem AfD-Stimmenanteil zusammenhängen.

(5) Insbesondere für die Jahre 2013 bis 2021 zeigen die Analysen, dass strukturschwache Regionen einen im bundesdeutschen Vergleich relativ starken Rückgang in der Arbeitslosenquote erfahren haben – ein Ergebnis, das in der öffentlichen Debatte bislang wenig Beachtung findet. Dabei handelt es sich um genau jene Regionen, in denen der AfD-Wahlanteil besonders stark gestiegen ist. Dies führt in statistischen Längsschnittmodellen zu einem negativen Zusammenhang zwischen den Veränderungen von Arbeitslosenquote und dem AfD-Stimmenanteil.

(6) Obwohl der Niveauunterschied in der Arbeitslosenquote zwischen strukturschwachen und -starken Regionen gesunken ist, gab es keine vollständige Anpassung: Strukturschwache Regionen haben ihre relative Position über den gesamten Beobachtungszeitraum beibehalten. Diese Ergebnisse bleiben robust, wenn für die Einflüsse anderer Faktoren auf den AfD-Wahlanteil, etwa Altersstruktur, durchschnittliches Bildungsniveau und den Ausländeranteil kontrolliert wird. Das gilt auch für den Vergleich zwischen Gemeinden innerhalb eines Kreises.

¹ Die Autoren danken Sarah Fritz für die wertvolle Unterstützung bei der Aufbereitung der Daten sowie bei der Vorbereitung der Berechnungen.

(7) Unsere Ergebnisse implizieren, dass für den Erfolg der AfD die langfristige relative sozioökonomische Position einer Gemeinde innerhalb eines gesamtdeutschen Vergleichs eine wichtige Rolle spielt. Wirtschaftspolitische Maßnahmen werden nur dann eine maßgebliche Wirkung erzielen, wenn sie einen starken strukturellen und langfristig positiven Einfluss auf die Lage am Arbeitsmarkt haben und wenn sie mit einer Verbesserung der relativen Lage einhergehen.

(8) Mittlerweile gibt es eine weitreichende Literatur zu „places that don't matter“, die in persistenten regionalen Entwicklungsunterschieden eine treibende Kraft hinter der Unterstützung für rechtspopulistische Parteien sieht. Hieran könnte Regionalpolitik direkt ansetzen. Die Forschung zu den Effekten von Regionalpolitik auf rechtspopulistisches Wahlverhalten steckt allerdings gerade erst in den Anfängen. Hier bedarf es unbedingt umfassender evidenzbasierter Untersuchungen.

1 Einleitung

Der Aufstieg des Rechtspopulismus in fast allen westlichen Demokratien ist eines der am meisten diskutierten politischen Themen der letzten Jahre.² Führende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft äußern sich regelmäßig besorgt über mögliche negative Konsequenzen auf gesellschaftlichen Zusammenhalt, Stabilität bei demokratischen Entscheidungsprozessen und sozioökonomische Entwicklungen. Daraus leitet sich ein großer Bedarf an evidenzbasierten Erkenntnissen über die treibenden Kräfte des Erfolgs rechtspopulistischer Parteien ab. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf ökonomischen, insbesondere arbeitsmarktrelevanten, Determinanten liegen, denn hier kann die Wirtschaftspolitik direkt Einfluss nehmen.

Eine zentrale Hypothese lautet, dass sowohl steigende ökonomische Ungleichheit, Deindustrialisierung, Migration und die damit einhergehenden Konsequenzen am Arbeitsmarkt als auch Abwehrreaktionen gegenüber einem kulturellen Wertewandel (ein sogenannter Cultural Backlash) wichtige Rollen für die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien spielen (vgl. hierzu den Überblicksartikel von *Guriev und Papaioannou* 2022). Überraschenderweise ist die Evidenzlage zur Frage, welcher unter den genannten Aspekten nun die treibende Kraft für rechten Populismus darstellt, keineswegs eindeutig, vor allem im europäischen Kontext. So zeigt die vielbeachtete Studie von *Danieli et al.* (2024), dass ökonomische Faktoren von eher untergeordneter Bedeutung für den Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien in Europa sind. Zu ähnlichen Befunden kommen auch Studien zum Aufstieg der AfD in Deutschland (vgl. hierzu unter anderem *Bergmann et al.* 2025; *Franz et al.* 2018; *Fratzscher* 2023; *Hövermann* 2025; *Wagner* 2024).

Insbesondere zwischen den Bundestagswahlen 2013 und 2021 sind die Stimmenanteile der AfD in einigen Regionen besonders stark gestiegen, in denen die Arbeitsmarktentwicklung insgesamt überdurchschnittlich positiv war. Das gilt insbesondere für Ostdeutschland, wo im betrachteten Zeitraum der Zusammenhang zwischen einem Zuwachs des Stimmenanteils für die AfD und gleichzeitig sinkenden Arbeitslosenquoten besonders stark ausgeprägt war. Insgesamt sprechen diese – deskriptiven – Befunde gegen die Bedeutung arbeitsmarktrelevanter Determinanten.

Aufbauend auf diesen Erkenntnissen präsentiert der vorliegende Beitrag eine vertiefende Analyse des Einflusses arbeitsmarktrelevanter Determinanten, insbesondere der Arbeitslosenquote und des Medianlohnes. Untersucht werden Ergebnisse der AfD bei Wahlen zum Deutschen Bundestag im Zeitraum 2013 bis 2025. In methodischer Hinsicht knüpft der Beitrag an Studien an, die auf Längsschnittregressionen (sogenannten Differenz-von-Differenzen Modellen) beruhen. Die Untersuchungen zeigen, dass auf Gemeindeebene eine robust negative (positive) Korrelation zwischen der Entwicklung der Arbeitslosenquote (Medianlöhne) und den Stimmenanteilen für die AfD besteht. Dieser Befund bleibt auch dann bestehen, wenn für eine große Anzahl sozioökonomischer Variablen, darunter auch den Anteil an Ausländern, die Altersstruktur sowie die Siedlungsstruktur und die Erreichbarkeit einer Region kontrolliert wird. Dies wirft die Frage auf, warum es anscheinend Gemeinden mit besonders positiver Entwicklung am Arbeitsmarkt sind, in denen die AfD zunehmend stärkere Wahlergebnisse erreicht.

² In der jüngeren Vergangenheit verzeichnete in Europa insbesondere der rechte Populismus einen Aufstieg (vgl. *Danieli et al.* 2024). In anderen Regionen der Welt war dagegen der Linkspopulismus sehr präsent. Dies trifft etwa auf Lateinamerika zu (vgl. *Guriev und Papaioannou* 2022).

Der Neuigkeitswert der vorliegenden Untersuchung besteht darin, dass sie die Betrachtung aus dem Längsschnitt mit einer Betrachtung im Querschnitt kombiniert. Die Analysen zeigen, dass über den Beobachtungszeitraum, vor allem aber zwischen den Wahljahren 2013 und 2021, das Ausgangsniveau der Arbeitslosenquote negativ mit deren Wachstumsraten nach 2013 zusammenhängt. Gemeinden mit hoher Arbeitslosenquote vor Beginn des Beobachtungszeitraums hatten später im Bundesvergleich eine besonders positive Arbeitsmarktentwicklung. Dies trifft insbesondere für Gebiete in Ostdeutschland zu, die vor Beginn des Untersuchungszeitraums von hohen Arbeitslosenquoten betroffen waren. Diese positiven Trends führten zwar zu einer Konvergenz der Arbeitslosenquoten gegenüber den strukturstarken Regionen, jedoch nicht zu einer vollständigen Angleichung (oder gar einem Überholen). In *absoluten* Werten haben strukturschwache Gemeinden also zum Teil aufgeschlossen, konnten ihre *relative* Position jedoch nicht verbessern. So hatten die – bezüglich ihrer ursprünglichen Arbeitslosigkeit – 10% schwächsten Gemeinden vor Beginn des Untersuchungszeitraums eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 13,5%, verglichen mit einer Arbeitslosenquote von 2,0% in den 10% stärksten Gemeinden. Im Wahljahr 2021 hingegen betrugen die Werte 4,8% und 1,6%, sodass sich zwar die Niveauunterschiede verringert haben, aber der Unterschied in der Rangfolge bestehen blieb. Dies ist der zentrale Befund der vorliegenden Studie. Sie offenbart, dass die AfD besonders attraktiv für Wähler in langfristig „abgehängten“ Regionen ist, selbst wenn solche Regionen eine Verbesserung am Arbeitsmarkt erfahren. Dieses Ergebnis lässt sich sehr gut mit Ergebnissen aus der Literatur in Zusammenhang bringen, die die Bedeutung der sozialen Zugehörigkeit, des subjektiven sozioökonomischen Status und relativer Vergleiche der eigenen Stellung zum Gesamtdurchschnitt für die Unterstützung rechtspopulistischer Parteien hervorhebt. Diese Befunde verdeutlichen, dass ökonomische Faktoren sehr wohl einen Einfluss auf den Erfolg rechtspopulistischer Parteien haben. Gleichzeitig lassen sich damit die auf den ersten Blick widersprüchlichen Befunde erklären, wonach Querschnittsanalysen einen Zusammenhang zwischen der Strukturschwäche einer Region und hohen AfD-Stimmenanteilen finden, während Längsschnittanalysen zeigen, dass die AfD zunehmend Unterstützung aus Regionen gewinnt, die eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation erfahren haben, wenn auch ausgehend von einem schlechteren Ausgangszustand.

Der nächste Abschnitt befasst sich mit einigen konzeptionellen Überlegungen zur methodischen Vorgehensweise und beschreibt die Datenbasis. Der dritte Abschnitt schildert stilisierte Fakten zur Entwicklung des Wahlverhaltens in Deutschland. Der vierte Abschnitt präsentiert die Ergebnisse aus den Regressionsanalysen zu den Determinanten rechtspopulistischen Wahlverhaltens in Deutschland und formuliert wirtschaftspolitische Implikationen aus den Befunden. Der fünfte Abschnitt fasst die Ergebnisse des Beitrags zusammen.

2 Konzeptionelle Überlegungen

2.1 Erkenntnisse aus der Literatur

Die Analysen von Wahlergebnissen müssen einige Besonderheiten berücksichtigen. *Erstens* kann man in den westlichen Demokratien die Wahl nicht direkt auf der Ebene des Wählers beobachten, da es sich um freie und geheime Wahlen handelt. Empirisch lässt sich dieses Messproblem auf zwei Arten adressieren. Eine Möglichkeit beruht darauf, die Wähler zu befragen. Der Vorteil liegt darin,

dass man die Wahlpräferenzen direkt in Beziehung zu den sozioökonomischen und soziodemografischen Merkmalen der Person setzen kann. Der Nachteil besteht darin, dass die Antworten verzerrt sind, etwa weil der Wähler die seiner Entscheidung zugrunde liegenden Charakteristika nicht genau benennen kann oder will (Stichwort: sozial erwünschtes Antwortverhalten) (*Margalit* 2019), und dass bestehende Datenquellen oft kleine Fallzahlen haben. Die andere Möglichkeit ist, Wahlergebnisse auf aggregierter Ebene (Wahlbezirk, Wahlkreis, Gemeinde, Kreis usw.) zu betrachten. Nachteilig wirkt sich hier aus, dass man die Wahlentscheidung nicht mehr direkt mit individuellen Merkmalen in Beziehung setzen kann. Vorteilhaft ist zweifelsohne die sehr hohe Validität der Informationen zu den Wahlergebnissen, die die tatsächlichen Präferenzen am Wahltag widerspiegeln. Letztendlich obliegt es einer Abwägung, welche der beiden Varianten für den konkreten Untersuchungszweck besser geeignet ist.

Zweitens sind Wahlergebnisse immer ein Resultat aus dem Zusammenspiel zwischen Angebot und Nachfrage an politischen Programmen. Auf der Angebotsseite muss eine Partei die Entscheidung treffen, sich für eine Wahl aufstellen zu lassen und – basierend darauf – sich im parteipolitischen Spektrum zu positionieren. Das Gleiche gilt für die Nachfrageseite: Hier müssen wahlberechtigte Bürger entscheiden, an einer Wahl teilzunehmen, eine gültige Stimme abzugeben und – basierend darauf – für eine Partei zu stimmen, die tatsächlich zur Wahl steht (beispielsweise *Barone et al.* 2016; *Guiso et al.* 2018 und *Danieli et al.* 2024). Der vorliegende Beitrag wird sich im Folgenden auf Aspekte der Nachfrageseite fokussieren, d. h. die Präferenzen von Wählerinnen und Wählern, denn hier bestehen Anknüpfungspunkte für Wirtschaftspolitik.³

Bei den Treibern für rechtspopulistisches Wahlverhalten unterscheidet die Literatur grob zwischen ökonomischen und nicht-ökonomischen (sozialen) Determinanten. In ihrem Literaturüberblick weisen *Guriev und Papaioannou* (2022) darauf hin, dass diese beiden Gruppen an Determinanten nicht isoliert voneinander bestehen, sondern sich gegenseitig beeinflussen – also verstärken oder abschwächen – können. Selbst innerhalb der beiden Gruppen sind gegenseitige Beeinflussungen denkbar. Die ökonomischen Determinanten für rechtspopulistisches Wahlverhalten betreffen etwa Strukturwandel – und hier insbesondere Globalisierung⁴ und technologischer Fortschritt aufgrund

³ Die AfD wurde im Jahr 2013 gegründet. Die Gründung dieser Partei erfolgte aus einem professoralen Umfeld heraus, und der Schwerpunkt der Programmatik lag anfangs auf kritischen Positionen zur Europäischen Union und zur Europäischen Währungsunion. Mit personellen Wechseln an der Parteispitze traten ab dem Jahr 2015 die europakritischen Themen in den Hintergrund und nationalkonservative sowie migrationskritische Themen gewannen an Gewicht (*Heddesheimer et al.* 2025).

⁴ Zu den einschlägigen Arbeiten zu den Wirkungen der Globalisierung auf Wahlverhalten zählen insbesondere *Autor et al.* (2020) mit einer Studie für die Vereinigten Staaten; *Colatone und Stanig* (2018a) sowie *Becker et al.* (2017) mit Untersuchungen für Großbritannien; *Colatone und Stanig* (2018b) sowie *Backes und Müller* (2024) mit Analysen für Europa; *Dippel et al.* (2022) mit einer Studie für Deutschland; *Barone und Kreuter* (2021) sowie *Caselli et al.* (2019) mit Untersuchungen für Italien; *Malgouyres* (2017) schließlich mit einer Analyse für Frankreich.

von Automatisierung und Digitalisierung⁵ –, Migration⁶, makroökonomische Krisen⁷ sowie fiskalpolitische Interventionen – und hier insbesondere Haushaltskonsolidierungspolitik⁸ und (räumliche) Umverteilungspolitiken⁹. Alle genannten Phänomene betreffen jedoch Wirtschaft und Gesellschaft nicht gleichmäßig, sondern sie produzieren Gewinner und Verlierer.

Auf der anderen Seite diskutiert die Literatur soziale Determinanten für rechtspopulistisches Wahlverhalten. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Aspekten eines Wertewandels¹⁰ im weitesten Sinne sowie verhaltenswissenschaftlichen Phänomenen (beispielsweise soziale Abstiegsängste, relative Deprivation, Fairness)¹¹. Bislang ist nach wie vor nicht vollständig geklärt, ob nun ökonomische oder soziale Aspekte (oder beide zusammen) den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien maßgeblich treiben. Hier existiert bislang kein umfassendes (theoretisches) Modell, weshalb diese Frage empirisch beantwortet werden muss. Im besten Fall offenbaren empirische Analysen, welche Anknüpfungspunkte überhaupt für Wirtschaftspolitik bestehen könnten.

2.2 Methodik

Die abhängige Variable in der vorliegenden Untersuchung ist der Anteil gültiger Zweitstimmen für die AfD an allen gültigen Zweitstimmen in Bundestagswahlen. Der Fokus liegt auf den Zweitstimmen, da sie den Ausschlag geben für die Verteilung der Sitze im Deutschen Bundestag.¹² Darüber hinaus liegt der Schwerpunkt dieser Untersuchung auf den Bundestagswahlen, da sie – im Gegensatz zu Wahlen auf subnationaler Ebene (etwa Landtagswahlen oder Kommunalwahlen) – in einem einheitlichen politischen und institutionellen Kontext deutschlandweit zu einem festen Termin stattfinden. Die Fokussierung auf die Bundestagswahlen erhöht daher die Vergleichbarkeit der Beobachtungen und erleichtert die Interpretation der Ergebnisse. Die Analysen berücksichtigen Bundestagswahlen des Zeitraums 2013 bis 2025.

Die Beobachtungseinheit in den Untersuchungen ist die Gemeindeebene (Gebietsstand 2021). Gemeindefreie Gebiete sowie kleine Gemeinden¹³ sind von der Analyse ausgeschlossen.¹⁴ Wie in Abschnitt 2.1 bereits angedeutet wurde, muss man bei der Arbeit mit Wahldaten eine Abwägung treffen,

⁵ Wichtige Untersuchungen zum Einfluss des technologischen Wandels auf das Wahlverhalten wurden unter anderem erstellt von *Frey et al. 2018; Anelli et al. 2019; Gallego et al. 2018* sowie *Heddesheimer et al. 2025* zu Aspekten einer grünen Transformation.

⁶ Den Einfluss von Migration auf Wahlverhalten haben vor allem die Arbeiten von *Barone et al. 2016; Halla et al. 2017; Dustmann et al. 2019; Steinmayr 2021* untersucht.

⁷ Zu den Arbeiten, die sich mit den Wirkungen von makroökonomischen Schocks auf Wahlverhalten befassen, zählen etwa *Funke et al. 2016; Algan et al. 2017* und *Dustmann et al. 2017*.

⁸ Die Effekte von Haushaltskonsolidierungspolitik wurde insbesondere in der Studie von *Fetzer 2019* untersucht.

⁹ Mit den Effekten von räumlicher Umverteilungspolitik auf Wahlverhalten haben sich u. a. *Albanese et al. 2022; Crescenzi et al. 2020; Bechtel und Hainmüller 2011; Gold und Lehr 2024; Borin et al. 2021; Heddesheimer et al. 2024* sowie *Heddesheimer et al. 2026* beschäftigt.

¹⁰ Dieser Diskurs wird in der Literatur unter der Überschrift „Cultural Backlash“ geführt, der insbesondere durch *Inglehart und Norris (2016, 2017)* sowie *Norris und Inglehart (2019)* intensiv befruchtet wurde.

¹¹ Verhaltenswissenschaftliche Aspekte im Kontext von Wahlverhalten werden etwa diskutiert von *Gidron und Hall (2017, 2019); Kurer (2020); Rodrik (2018)*.

¹² Das System zur Wahl für den Deutschen Bundestag ist eine Kombination aus einer Mehrheitswahl (Gewinner der Wahlkreise, die über die Erststimme ermittelt werden) und einer Verhältniswahl (Parteien sind entsprechend ihrer Stimmenanteile im Parlament vertreten, die über die Zweitstimme ermittelt werden).

¹³ Als kleine Gemeinden werden diejenigen Gebiete kategorisiert, die die untersten zwei Prozent der Beobachtungen in der Verteilung der Einwohnerzahl (Durchschnitt der Jahre 2000-2021) repräsentieren.

¹⁴ Im Sample sind 10 573 Gemeinden enthalten.

ob die Analysen auf der individuellen Ebene oder auf einer höher aggregierten Ebene durchgeführt werden sollen. Für die hier vorliegende Untersuchung ist es wichtig, mit tatsächlich offenbarten Wahlpräferenzen zu arbeiten (vgl. etwa *Dustmann et al. 2017*). Das gab letztendlich den Ausschlag für die Wahl der Gemeindeebene als Untersuchungseinheit, die die kleinste regionale administrative Einheit in Deutschland repräsentiert.

Der Stimmenanteil für die AfD in Bundestagswahlen wird regressiert auf ein Set an Variablen, die die einschlägige Literatur als Determinanten für populistisches Wahlverhalten betrachtet (siehe Abschnitt 2.1). Zur Anwendung kommen Panelschätzungen mit Bundesland-Wahljahr fixen Effekten (d. h. jedes Bundesland erhält seinen eigenen Zeittrend) und fixen Effekten für Gemeinden.

2.3 Daten

Die Daten zu Bundestagswahlen werden über die Internetpräsentation der Bundeswahlleiterin (<https://www.bundeswahlleiterin.de/>) bereitgestellt. Einige Wahlergebnisse (insbesondere für die Briefwahlen) liegen in manchen Fällen nicht gemeindescharf vor, sondern ein Briefwahlbezirk schließt mehrere Gemeinden ein. In der vorliegenden Untersuchung wurden für diese Fälle die Briefwahlergebnisse nach dem Anteil der Wahlberechtigten, der auf eine Gemeinde entfällt, auf die jeweilige Gemeinde aufgeteilt.

Die Untersuchung verwendet drei Gruppen von erklärenden Variablen: *erstens*, Arbeitsmarktvariablen, *zweitens*, Variablen mit soziodemografischen Merkmalen, und *drittens*, Variablen mit geografischen Merkmalen:

- In der vorliegenden Untersuchung stellen zwei *Arbeitsmarktvariablen* die zentralen interessierenden Variablen dar: die Arbeitslosenquote und die Median-Tagesentgelte. Der Fokus liegt auf diesen Variablen, da sie durch Maßnahmen der Wirtschaftspolitik – etwa Regionalpolitik – direkt beeinflussbar sind.¹⁵ Beide Variablen wurden anhand von Informationen aus den integrierten Erwerbsbiografien (IEB) der Bundesagentur für Arbeit (BA) sowie der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder gebildet.
- Die *soziodemografischen Merkmale* werden über die folgenden Variablen approximiert: Bildungsabschlüsse (drei Variablen zu Anteilen von Beschäftigten ohne Ausbildungsabschluss, mit Berufsabschluss, mit Hochschulabschluss), Anteil Ausländer, Anteil Frauen, Altersstruktur (fünf Variablen zu Anteilen von Personen in den Alterskohorten 18-25, 25-35, 35-55, 55-65 sowie >65 Jahren). Die genannten Variablen speisen sich aus den integrierten Erwerbsbiografien (IEB) der Bundesagentur für Arbeit (BA), den Gemeindeverzeichnissen sowie den Bevölkerungsstatistiken der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Destatis).

¹⁵ Für Deutschland liegen umfangreiche Evaluationen für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) vor (beispielsweise *Grunau et al. 2025*; *Dettmann et al. 2025*; *Brachert et al. 2024*). Hierbei handelt es sich um das wichtigste Regionalförderprogramm in der Bundesrepublik, dessen explizites Ziel im Untersuchungszeitraum in der Schaffung und Sicherung von Beschäftigung und Einkommensquellen in strukturschwachen Regionen bestand. Die Evidenz zeigt starke Effekte des Programms auf Beschäftigung, wohingegen die Evidenz für die Effekte des Programms auf die Löhne gemischt ist.

- Schließlich berücksichtigen die Analysen noch *geografische Merkmale*. Konkret handelt es sich um zwei Variablen zu Raumtypen¹⁶, die das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Zuge seiner laufenden Raumbbeobachtung gebildet hat, und zwar zur Siedlungsdichte (drei Kategorien: überwiegend städtisch, teilweise städtisch, ländlich) und Lage (vier Kategorien: sehr zentral, zentral, peripher, sehr peripher).

Für einige dieser Variablen lagen die Daten zum Zeitpunkt der Erstellung der vorliegenden Studie für das Jahr 2025 noch nicht vor. In die Analysen gehen daher die Daten aus dem Jahr 2024 ein. Die Bundestagswahl 2025 hat zudem kurz nach dem Jahreswechsel (23. Februar) stattgefunden. Alle Individualdaten wurden auf die Gemeindeebene zum Gebietsstand 2021 aggregiert. Daten, die auf dem jeweiligen Gebietsstand vorliegen, wurden mit Hilfe von Umschlüsselungsmatrizen auf den Gebietsstand des Jahres 2021 umgerechnet.¹⁷ Eine ausführliche Beschreibung der Datenbasis findet sich in Anhang „Beschreibung der Datenbasis“. Deskriptive Statistiken zu den genannten Variablen hält Anhang Tabelle 1 bereit.

¹⁶ Vgl. hierzu die Informationen unter:
https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbbeobachtung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/Raumtypen2010_vbg/Raumtypen2010_LageSied.html.

¹⁷ Eine detaillierte Beschreibung der Vorgehensweise mit entsprechenden Literaturangaben findet sich in *Grunau et al.* (2025), im Appendix 3: Additional Information, Appendix 3.1. Data, 3. Regional Concordance Matrices.

3 Faktenlage zum Wahlverhalten in Deutschland

Bevor die Ergebnisse aus den Regressionsanalysen vorgestellt werden, ist es lohnend, den Blick auf einige stilisierte Fakten zu den Wahlen zum Deutschen Bundestag seit 2013 zu richten. Im Zentrum dabei steht, wie sich der Stimmenanteil der AfD im Zeitverlauf entwickelt hat und ob es räumliche Unterschiede gibt. Zuerst jedoch geht es um die Beschreibung ausgewählter Indikatoren, die den Wahlprozess flankieren, etwa die Bereitschaft, überhaupt wählen zu gehen und eine gültige Stimme abzugeben.

3.1 Wahlbeteiligung, Briefwähler, ungültige Stimmen

Anhang Tabelle 2 hält einige Indikatoren bereit zur Bundeswahlstatistik. Panel A befasst sich mit der *Wahlbeteiligung*. Die Daten zeigen, dass die Beteiligung an Bundestagswahlen (gemessen als Anteil der Wähler an allen Wahlberechtigten in einer Gemeinde) tendenziell seit 2013 gestiegen ist. Im Durchschnitt über den gesamten Zeitraum 2013-2025 lag die Wahlbeteiligung bei rund 80%. Die Variation zwischen den Bundesländern ist dabei eher gering. Dieser Befund signalisiert im Grunde, dass die Demokratie lebendig ist, denn die wahlberechtigten Bürger machen von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Misstrauen in das Wahlsystem würde einen geringeren Anteil von Wählern oder, anders formuliert, einen hohen Anteil von Nichtwählern implizieren.

Des Weiteren hat sich die Art zu wählen über die Zeit geändert. Im deutschen Wahlsystem besteht neben der Urnenwahl die Möglichkeit, seine Stimme auch per *Briefwahl* abzugeben. Dieser Sachverhalt ist in Panel B dargestellt. Seit 2013 ist der Anteil der Briefwähler (gemessen als Anzahl per Briefwahl abgegebener Stimmen geteilt durch die Anzahl insgesamt abgegebener Stimmen) kontinuierlich gestiegen. Seinen Höhepunkt erreicht der Anteil an Briefwählern im Jahr 2021, was sicherlich auch durch die Corona-Pandemie getrieben sein dürfte. Seitdem geht dieser Anteil moderat zurück, verharrt allerdings auf einem deutlich höheren Niveau als im Jahr 2013. Zudem offenbart sich eine große Variation zwischen den Bundesländern (beispielsweise 18,4% im Freistaat Thüringen gegenüber 46,6% im Freistaat Bayern im Durchschnitt über den Zeitraum 2013-2025). Dieser Aspekt verdeutlicht, warum es so wichtig ist, die Briefwahlen bei gemeindeübergreifenden Briefwahlbezirken auf die betreffenden Kommunen umzuschlüsseln, da man anderenfalls eine substantielle Zahl an Stimmen unberücksichtigt ließe. Im Durchschnitt über den Zeitraum 2013-2025 lag der Anteil Briefwähler bei rund 30%.

Schließlich hält Panel C Informationen über den Anteil *ungültiger Stimmen* (gemessen als Anzahl ungültiger Stimmen geteilt durch die Anzahl Stimmen insgesamt) bereit. Insgesamt liegt deren Anteil auf einem sehr niedrigen Niveau, er betrug im Durchschnitt über den Zeitraum 2013-2025 nur rund 1%. Über den betrachteten Zeitraum ist der Anteil tendenziell gesunken. Gravierende Unterschiede zwischen den Bundesländern sind nicht festzustellen.

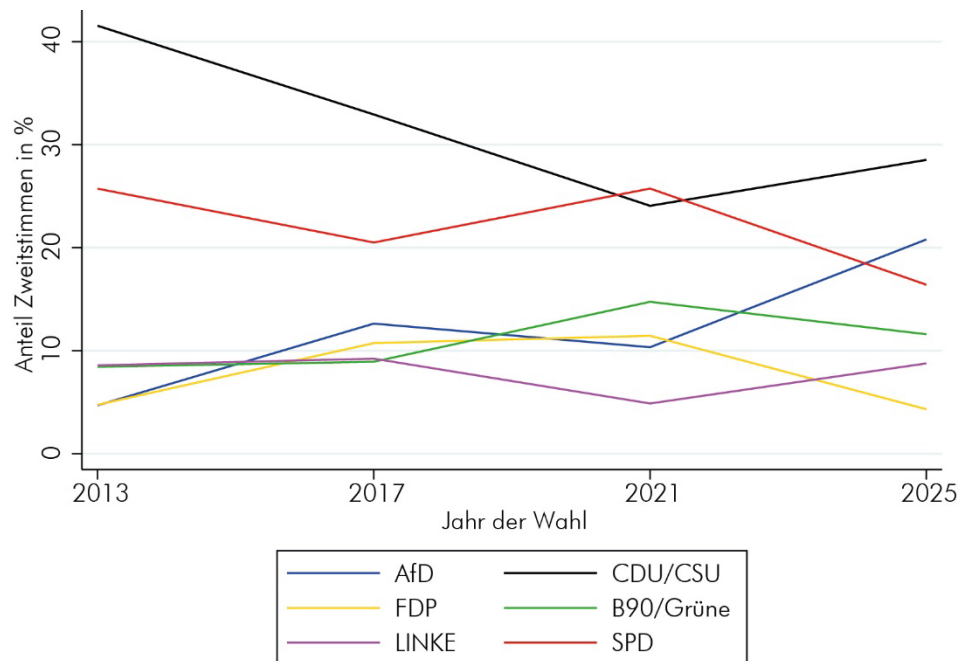
3.2 Ergebnisse in Bundestagswahlen

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Stimmenanteile derjenigen Parteien, die im Zeitraum 2013-2025 mindestens einmal im Deutschen Bundestag vertreten waren. Die AfD trat erstmals zur Bundestagswahl 2013 an, verpasste allerdings mit einem Stimmenanteil von 4,7% knapp die Fünfprozenthürde und damit den Einzug in den Bundestag. Die Partei konnte ihren Stimmenanteil in der

nächsten Bundestagswahl 2017 auf 12,6% erhöhen. Bei der Bundestagswahl 2021 erlitt die AfD leichte Verluste bei ihren Stimmenanteilen, der jedoch bei der Bundestagswahl 2025 überkompensiert wurde, als die AfD ein neues Allzeithoch von 20,8% erreichte. Unter den in der Abbildung dargestellten Parteien ist die AfD diejenige, die – trotz des moderaten Rückgangs in 2021 – über den gesamten Zeitraum 2013-2025 einen positiven Aufwärtstrend aufweist. Alle anderen Parteien verharren mehr oder weniger auf ihren Niveaus oder weisen negative Trends auf.

Abbildung 1

Wahlergebnisse der im Bundestag vertretenen Parteien



Anmerkungen: Der Anteil Zweitstimmen für die AfD berechnet sich als Anteil gültiger Stimmen für die AfD an allen gültigen Stimmen deutschlandweit.

Quellen: Wahlergebnisse: Bundeswahlleiterin. Eigene Berechnungen und Darstellungen.

3.3 Regionale Variation der Wahlergebnisse

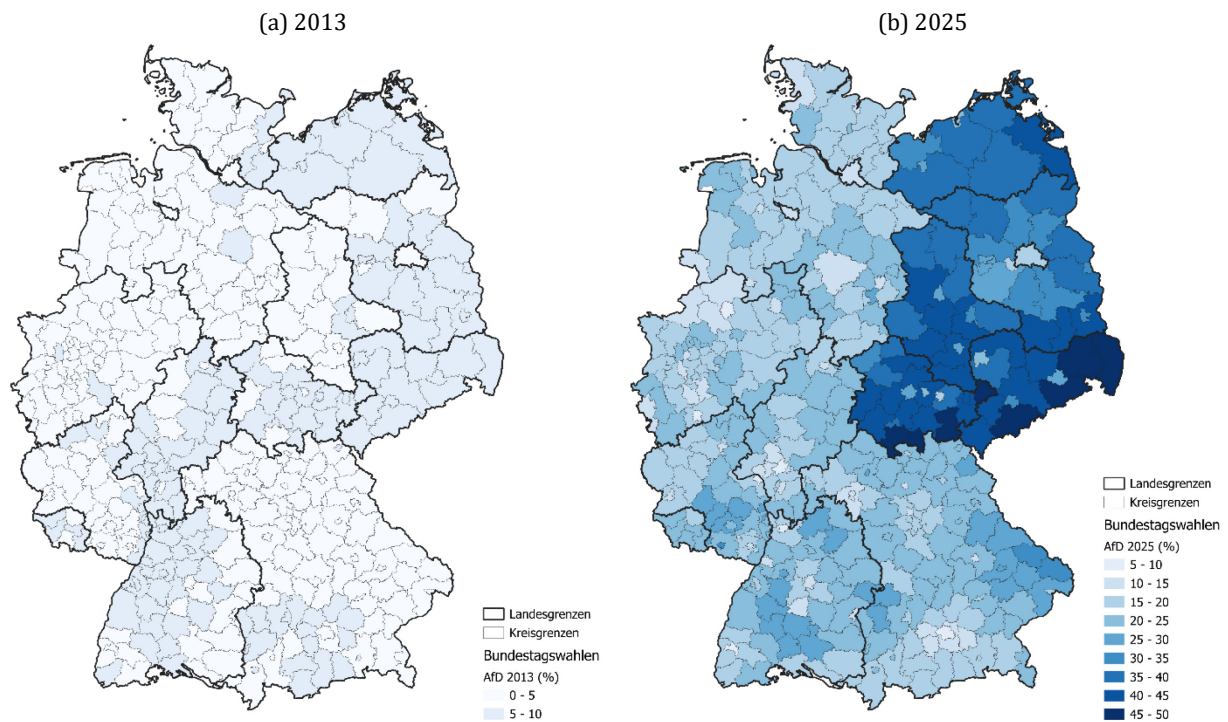
Einige interessante Befunde halten die Karten in Abbildung 2 bereit. Für eine bessere Visualisierung sind die Stimmenanteile der AfD in den Karten auf der Kreisebene dargestellt.

Panel A verdeutlicht die Niveaus der Stimmenanteile in der ersten und der letzten Bundestagswahl des Analysezeitraums. Panel A a) zeigt die Wahlergebnisse der AfD für das Jahr 2013 und offenbart wegen der geringen Werte nur wenig regionale Unterschiede. Kreise und kreisfreie Städte, die in die Kategorie von 5-10% Stimmenanteil für die AfD fallen, finden sich vor allem in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Hessen, Baden-Württemberg sowie im südwestlichen Teil Bayerns. Im Jahr 2025 hat sich das Bild gravierend verschoben. Aus Panel A b) gehen substantiell höhere Werte in den ostdeutschen Kreisen und kreisfreien Städten hervor. Gebiete mit mehr als 30% Stimmenanteil für die AfD sind fast ausnahmslos in Ostdeutschland zu finden. In Westdeutschland gibt es mit der Stadt

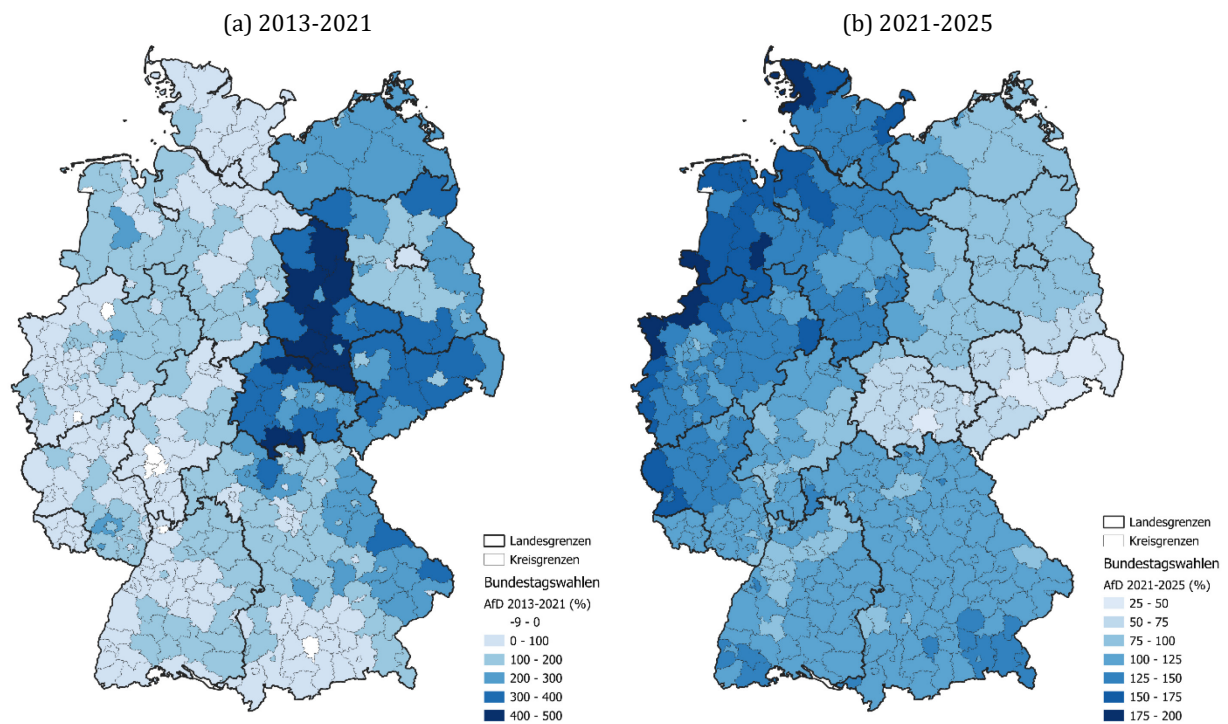
Abbildung 2

Wahlergebnisse Bundestagswahlen (Niveaus und Veränderungen, 2013-2025)

Panel A - Anteil Zweitstimmen für die AfD (in %), nach Kreisen



Panel B - Veränderung des Anteils der Zweitstimmen für die AfD (in %), nach Kreisen



Anmerkungen: Der Anteil Zweitstimmen für die AfD berechnet sich als Anteil gültiger Stimmen für die AfD an allen gültigen Stimmen.

Quellen: Wahlergebnisse: Bundeswahlleiterin. Eigene Berechnungen und Darstellungen.

Pirmasens (Rheinland-Pfalz) sowie den Landkreisen Regen und Freyung-Grafenau (beide in Bayern) lediglich drei Regionen, die in diese Kategorie fallen. Der Blick auf Ostdeutschland offenbart ferner: Stimmenanteile für die AfD von weniger als 30% verzeichnen allenfalls ausgewählte kreisfreie Städte in Ostdeutschland – Berlin, Leipzig, Dresden, Erfurt, Jena, Weimar, Halle (Saale), Magdeburg, Potsdam – sowie der Landkreis Potsdam-Mittelmark (Großraum Berlin). Dennoch liegt in den meisten der eben genannten ostdeutschen Gebiete der Stimmenanteil für die AfD immer noch bei über 20%.

Panel B stellt die relative, d. h. die prozentuale, Veränderung der Wahlergebnisse für die AfD dar. Für den langen Zeitraum von 2013-2021 in Panel B a) lässt sich festhalten, dass die höchsten relativen Zuwächse für die AfD zunächst in Ostdeutschland (allerdings ausgenommen der Großraum Berlin) stattfanden. In Westdeutschland traf dies lediglich auf Kreise im Norden und Osten Bayerns sowie wenigen ausgewählten Regionen im Nordwesten Niedersachsens, im Nordosten Nordrhein-Westfalens sowie im Süden von Rheinland-Pfalz zu. Demgegenüber illustriert Panel B b) die prozentuale Veränderung zwischen der vorletzten und letzten Bundestagswahl (2017 bis 2021). Hier zeigen sich vergleichsweise geringe Zuwächse in Ostdeutschland, jedoch kräftige relative Zuwächse in Westdeutschland – und hier insbesondere in den westlich, nordwestlich und nördlich gelegenen Gebieten. Diese Karten demonstrieren also, dass die AfD nicht mehr nur ein ostdeutsches Phänomen ist, sondern in den letzten Jahren in Westdeutschland kräftig aufgeholt hat. In zahlreichen Kreisen und kreisfreien Städten Westdeutschlands weist die AfD heute Stimmenanteile zwischen 15 und 25% und mehr auf. Dennoch muss konstatiert werden, dass das absolute Niveau in Ostdeutschland (im Durchschnitt) noch immer höher liegt.

4 Treiber für den Wahlerfolg von Rechtspopulisten

4.1 Empirische Befunde

Tabelle 1 präsentiert die für die arbeitsmarktrelevanten Determinanten aus den in Abschnitt 2.2 beschriebenen Regressionsanalysen für Deutschland insgesamt. Eine vollständige Auflistung aller Ergebnisse – auch unterschieden nach West- und Ostdeutschland – stellt Anhang Tabelle 3 bereit. Die Standardvorgehensweise ist eine reine Längsschnittbetrachtung, die ausschließlich Veränderungen innerhalb derselben Gemeinde über die Zeit analysiert. *Spalte 1* repräsentiert eine solche Spezifikation, in der jedes Bundesland seinen eigenen Zeittrend (Bundesland-Wahljahr fixe Effekte) erhält und alle Unterschiede zwischen den Gemeinden, die sich über die Zeit nicht ändern, herausgerechnet sind (fixe Effekte auf Gemeindeebene). Der (sehr präzise geschätzte) Koeffizient von -0,148 für die Arbeitslosenquote widerspricht den Erwartungen: Wenn (*ceteris paribus*) zwischen zwei Bundestagswahlen die Arbeitslosigkeit in einer Gemeinde A um einen Prozentpunkt stärker zurückgeht als in einer Gemeinde B, dann steigt der AfD-Stimmenanteil in Gemeinde A um 0,148 Prozentpunkte stärker als in Gemeinde B. Theoretische Überlegungen würden nahelegen, dass bei einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage (gegenüber einer Vergleichsregion) die Stimmenanteile für die AfD weniger stark steigen (als in einer Vergleichsregion). Für die Median-Tagesentgelte zeigt sich der erwartete Zusammenhang, allerdings ist der Koeffizient hier sehr klein.

Der Befund für die Arbeitslosenquote bedarf einer eingehenderen Untersuchung. Es könnte sein, dass die reine Betrachtung im Längsschnitt ein Muster überdeckt, das sich nur im Querschnitt beobachten lässt. Dieser Aspekt ist in *Spalte 2* umgesetzt. In dieser Spezifikation sind nunmehr ausschließlich bundeslandspezifische Zeittrends enthalten. Die Koeffizienten beruhen auf Vergleichen zwischen Gemeinden innerhalb derselben Bundesland-Wahljahr-Kombination und fassen diese Vergleiche über alle Bundesländer und Wahljahre hinweg zusammen. Der Koeffizient für die Arbeitslosenquote von 0,385 bedeutet, dass innerhalb eines Bundeslandes und derselben Bundestagswahl Gemeinden mit einer um einen Prozentpunkt höheren Arbeitslosenquote *ceteris paribus* einen um 0,385 höheren AfD-Stimmenanteil aufweisen. Das Vorzeichen für den Koeffizienten der Arbeitslosenquote zeigt nunmehr in die erwartete Richtung, und die Größe des Zusammenhangs weist darauf hin, dass Niveauunterschiede eine bedeutende Rolle spielen dürften. Das Vorzeichen für die Median-Tagesentgelte in der Spezifikation von *Spalte 2* entspricht nicht mehr den Erwartungen – die Größe des Zusammenhangs ist jedoch nach wie vor sehr klein.

Die Spezifikation aus *Spalte 3* lässt sich als eine Kombination aus Längs- und Querschnittsbetrachtung verstehen. Sie berücksichtigt neben den Bundesland-Wahljahr fixen Effekten auch noch kreisfixe Effekte. Diese Spezifikation vergleicht Gemeinden im Querschnitt innerhalb eines Kreises (und kontrolliert für bundeslandspezifische Zeittrends). Für den Koeffizienten der Arbeitslosenquote bleibt das positive Vorzeichen aus *Spalte 2* erhalten. Der Koeffizient für die Median-Tagesentgelte ist nicht mehr präzise geschätzt. Die Befunde aus *Spalte 3* bekräftigen die Vermutung aus *Spalte 2*, dass für den Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und den Stimmenanteilen für die AfD Niveauunterschiede von zentraler Bedeutung sind, da dieser Effekt den reinen Längsschnitteffekt (aus *Spalte 1*) überkompensiert. Der Be-

fund aus dieser Spezifikation verdient besondere Aufmerksamkeit, da hier nur Niveauunterschiede zwischen Gemeinden innerhalb eines Kreises verglichen werden. Das heißt, selbst innerhalb eines Kreises fallen die Wahlanteile für die AfD in Gemeinden mit höherer Arbeitslosigkeit größer aus.

Tabelle 1

Deutschlandweite Zweitstimmenanteile der AfD in Bundestagswahlen 2013-2025: deskriptive Ergebnisse aus Differenz-von-Differenzen-Schätzungen

<i>Abhängige Variable:</i>	Deutschland				
Sample Average Zweitstimmenanteil der AfD (in %)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
<i>Erklärende Variablen:</i>					
Arbeitsmarkt					
Arbeitslosenquote (in %)	-0.148*** (0.023)	0.385*** (0.021)	0.102*** (0.034)	-0.098*** (0.032)	-0.099*** (0.033)
Median-Tagesentgelt (in Euro)	-0.032*** (0.006)	0.061*** (0.004)	0.002 (0.007)	0.009 (0.006)	0.007 (0.008)
Ausgangsniveau der Arbeitslosenquote (Ø 2000-2012 in %)				0.326*** (0.053)	0.328*** (0.055)
Ausgangsniveau des Median-Tagesentgelts (Ø 2000-2012 in €)					0.004 (0.009)
Fixe Effekte					
Bundesland-Jahr	X	X	X	X	X
Kreis			X	X	X
Gemeinde	X				
Anzahl Observationen	42.134	42.135	42.135	42.135	42.135
Anzahl Gemeinden	10.568	10.569	10.569	10.569	10.569

Anmerkungen: Alle Spezifikationen beinhalten darüber hinaus die folgenden Kontrollvariablen: Anteil von SvB mit einem bestimmten Ausbildungsabschluss (ohne Ausbildungsabschluss, mit Berufsabschluss, mit Hochschulabschluss), Anteil Ausländer, Anteil Frauen in der Bevölkerungsgruppe älter als 18 Jahre, Anteil Personen in einer bestimmten Alterskohorte (18-25, 25-35, 35-55, 55-65, >65), geografische Charakteristika (nur in den Spezifikationen, die keine gemeindespezifischen fixen Effekte beinhalten: Siedlungsdichte [3 Kategorien], Lage [4 Kategorien]). Die vollständigen Regressionsergebnisse beinhaltet Anhang Tabelle 3. Robuste Standardfehler in Klammern. Standardfehler geclustert auf der Ebene der Gemeinden, mit Ausnahme der Spezifikation mit kreisfixen Effekten, bei denen die Standardfehler auf der Ebene der Kreise geclustert sind. Kleine Gemeinden sind von der Analyse ausgeschlossen. Für einzelne Gemeinden liegen die Wahlergebnisse nicht für alle vier Jahre vor.

Quellen: Wahlergebnisse: Bundeswahlleiterin. Arbeitsmarktdaten: IAB, Bevölkerungsdaten: Statistisches Bundesamt. Geografische Daten: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

In der Spezifikation in *Spalte 4* wird zusätzlich zu der Spezifikation von *Spalte 3* auch für das Ausgangsniveau der Arbeitslosenquote kontrolliert, welches als Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2012 berechnet wurde. Diese Vorgehensweise ermöglicht, dass man die langfristige strukturelle Komponente der Arbeitslosigkeit (gemessen über das Ausgangsniveau der Arbeitslosenquote) von der kontemporären Komponente (aktuelle Arbeitslosenquote) trennt. Der Zusammenhang zwischen dem Ausgangsniveau der Arbeitslosenquote und dem AfD-Stimmenanteil ist positiv, während das Vorzeichen des Koeffizienten für die aktuelle Arbeitslosenquote wieder ins Negative kippt. Die Größe der Koeffizienten lässt sich wie folgt interpretieren. Unter Gemeinden desselben Kreises mit demselben historischen Ausgangsniveau der Arbeitslosenquote ist ein um einen Prozentpunkt höheres aktuelles Arbeitslosigkeitsniveau mit einem um 0,098 Prozentpunkte niedrigeren AfD-Stimmenanteil verbunden. Bei Gemeinden innerhalb eines Kreises mit derselben aktuellen Arbeitslosenquote ist ein um einen Prozentpunkt höheres historisches Ausgangsniveau mit einem um 0,326

Prozentpunkte höheren AfD-Stimmenanteil verbunden. Die Ergebnisse legen offen, dass die langfristige strukturelle Arbeitsmarktschwäche stärker mit dem Stimmenanteil der AfD zusammenhängt als die aktuelle Arbeitslosenquote.

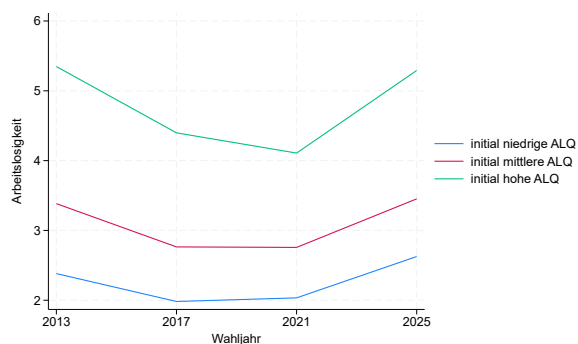
Dieser Befund löst das kontraintuitive Ergebnis der Spezifikation von Spalte 1 auf: Gemeinden, die von einem höheren Ausgangsniveau ihrer Arbeitslosenquote starten, weisen eine stärkere Verringerung ihrer Arbeitslosigkeit auf. Und es sind genau diese Niveauunterschiede, die den Stimmenanteil für die AfD treiben. Mit anderen Worten: Die Spezifikation in Spalte 1 kann keine Niveauunterschiede sichtbar machen.

Der Vollständigkeit halber beinhaltet *Spalte 5* noch eine Spezifikation, die zusätzlich für das Ausgangsniveau bei den Medianentgelten mit kontrolliert. An den Aussagen zu der in Spalte 4 interpretierten Spezifikation ändert sich qualitativ nichts. Eine Unterscheidung des Samples nach West- und Ostdeutschland in Anhang Tabelle 3 zeigt, dass die für Deutschland gefundenen Muster vor allem durch Ostdeutschland getrieben sind. Die im Anhang dargestellten Ergebnisse offenbaren ferner, dass die Vorzeichen für die Kontrollvariablen überwiegend in die erwartete Richtung zeigen und die Stärke der Zusammenhänge eher gering ist.

Abbildung 3

Entwicklung von Arbeitslosenquoten und AfD-Stimmenanteilen nach Ausgangsniveau der Arbeitslosenquote

I. Arbeitslosenrate



II. AfD Stimmenanteil



Anmerkungen: Die initialen Werte für die Arbeitslosenquote (ALQ) wurden auf Basis der Jahre 2000-2012 bestimmt. Gemeinden mit niedriger Arbeitslosenquote entsprechen dem unteren Dezil (10. Perzentil), Gemeinden mit hoher Arbeitslosenquote dem oberen Dezil (90. Perzentil) der Verteilung der Arbeitslosenquoten. Die dargestellten Kurven repräsentieren Vorhersagewerte aus einer Regression mit kreisfixen Effekten, bereinigt um die kreisspezifischen Effekte.

Quellen: Wahldaten: Bundeswahlleiterin. Arbeitsmarktdaten: IAB. Eigene Berechnungen und Darstellungen.

Abbildung 3 visualisiert den für Spalte 4 beschriebenen Befund. Dargestellt sind drei Gruppen von Gemeinden, die für jede Gemeinde separat anhand des Ausgangsniveaus der Arbeitslosenquote gebildet werden: Gemeinden (desselben Kreises) mit der niedrigsten Arbeitslosenrate (10. Perzentil), mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenrate (45. bis 55. Perzentil) sowie mit der höchsten Arbeitslosenrate (90. Perzentil). Im linken Teil der Abbildung wird die Entwicklung der Arbeitslosenquote über die Wahljahre¹⁸ gezeigt. Die Gemeinden mit dem höchsten Ausgangsniveau in der Arbeitslosenquote verzeichnen den größten Rückgang bis zum Jahr 2021. Ab dem Jahr 2021 steigen die

¹⁸ Zum Zeitpunkt der Erstellung der vorliegenden Untersuchung lagen noch nicht alle Daten für das Jahr 2025 vor. Aus diesem Grund werden die Kontrollvariablen aus dem Jahr 2024 in das (Wahl)Jahr 2025 geschrieben. Diese Vorgehensweise ist insofern naheliegend, da die Bundestagswahl 2025 unmittelbar nach dem Jahreswechsel, nämlich im Februar, stattgefunden hat.

Arbeitslosenquoten wieder an (vor allem in Folge globaler Krisen). Auch dieser Anstieg fällt in der Gruppe der Gemeinden mit hohem Ausgangsniveau am größten aus. Für die Gruppe mit mittlerer Arbeitslosenquote hat sich die Arbeitslosenquote kaum verändert, und für die Gruppe mit niedriger initialer Arbeitslosenrate liegt sie mittlerweile leicht höher. Die Abbildung offenbart zudem, dass die Unterschiede in den Niveaus der Arbeitslosenquoten zwischen den drei Gruppen persistent sind. Sie verringern sich zwar (insbesondere bis zum Jahr 2021), allerdings bleibt die relative Position unverändert. Regionen, die schon im Ausgangsniveau der Arbeitslosenquote auf den „hinteren Rängen“ lagen, finden sich auch zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2025 noch dort wieder – wenngleich mit leicht geringerem Abstand zu den Gruppen mit ursprünglich niedrigerer Arbeitslosenquote.

Der rechte Teil der Abbildung verdeutlicht, dass sich im Jahr 2013 hinsichtlich der Stimmenanteile für die AfD keine Unterschiede zwischen den drei Gruppen beobachten lassen. Für die darauffolgenden Bundestagswahlen zeigt sich allerdings eine leicht divergente Entwicklung: Im Jahr 2017¹⁹ hatten Gemeinden mit einem hohen Ausgangsniveau in der Arbeitslosenrate einen höheren Stimmenanteil als Gemeinden mit einem niedrigen Ausgangsniveau. Die Spreizung nimmt mit den folgenden Jahren weiter zu, verbleibt aber auf überschaubarem Niveau.

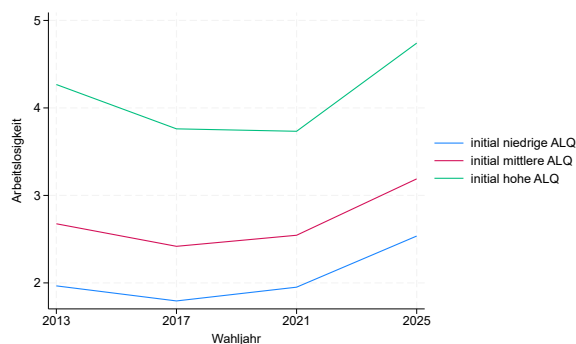
Dieser Befund bleibt auch bestehen, wenn man die Auswertung getrennt nach West- und Ostdeutschland vornimmt. Abbildung 4 bestätigt die beschriebenen Muster im Groben, wonach es vor allem die Ausgangsunterschiede in der Arbeitslosenquote sind, die den Anstieg des AfD-Stimmenanteils zu treiben scheinen. Auffällig sind hier vor allem die Niveauunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland in der Arbeitslosenquote und beim Stimmenanteil für die AfD. Auch hier bestätigt sich der Befund, dass die Unterschiede in den Arbeitslosenquoten persistent sind. Zudem sank die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland zwischen 2013 und 2017 schwächer und stieg zwischen den letzten beiden Bundestagswahlen stärker an – also genau in dem Zeitraum, in dem die AfD insbesondere im Westen große relative Zuwächse erzielte.

Abbildung 4

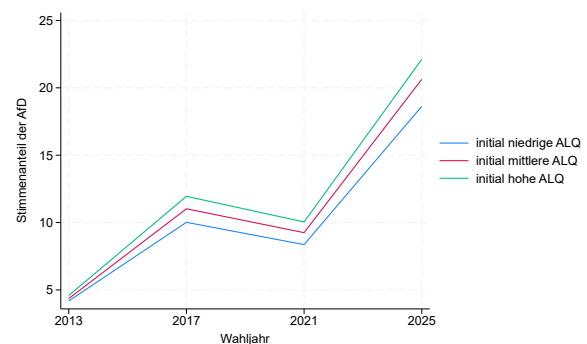
Entwicklung von Arbeitslosenquoten und AfD-Stimmenanteilen nach Ausgangsniveau der Arbeitslosenquote in West- und Ostdeutschland

Panel A - Westdeutschland

A.I. Arbeitslosenrate



A.II. AfD Stimmenanteil



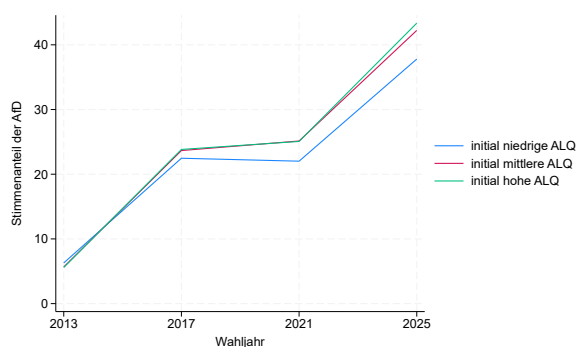
¹⁹ Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es ab dem Jahr 2015 eine Veränderung der Programmatik der AfD gab (vgl. Fußnote 3).

Panel B - Ostdeutschland

B.I. Arbeitslosenrate



B.II. AfD Stimmenanteil



Anmerkungen: Die initialen Werte für die Arbeitslosenquote (ALQ) wurden auf Basis des Durchschnitts der Jahre 2000-2012 bestimmt. Gemeinden mit niedriger Arbeitslosenquote entsprechen dem unteren Dezil (10. Perzentil), Gemeinden mit hoher Arbeitslosenquote dem oberen Dezil (90. Perzentil) der Verteilung der Arbeitslosenquoten. Die dargestellten Kurven repräsentieren Vorhersagewerte aus einer Regression mit kreisfixen Effekten, bereinigt um die kreisspezifischen Effekte.

Quellen: Wahldaten: Bundeswahlleiterin. Arbeitsmarktdaten: IAB. Eigene Berechnungen und Darstellungen.

In den Abbildungen 1 und 2 im Anhang finden sich die Darstellungen für die Tagesentgelte. Die Befunde sind vergleichbar mit jenen der Arbeitslosenquote.

4.2 Wirtschaftspolitische Implikationen

Welche wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen lassen sich aus dieser Analyse ziehen? Die Befunde deuten darauf hin, dass es vor allem die persistenten Niveauunterschiede in den Arbeitsmarktbedingungen sind, die für rechten Populismus verantwortlich zeichnen. Gemeinden, die historisch hohe Arbeitslosigkeit aufweisen, verzeichnen hier tendenziell einen stärkeren Rückgang. Allerdings zeigen auch die Gemeinden mit mittleren und geringen historischen Arbeitslosigkeiten eine Verringerung der Arbeitslosenquote. In der Konsequenz werden die Abstände über den betrachteten Zeitraum hinweg zwar geringer, jedoch bleiben die relativen Positionen bestehen: Gemeinden, die schon im Ausgangsniveau eine relativ hohe Arbeitslosenquote zeigen, weisen auch über den Beobachtungszeitraum hinweg eine relativ hohe Arbeitslosenquote auf. Es sind nun genau jene Niveauunterschiede im Ausgangsniveau, die sich persistent über den Beobachtungszeitraum ziehen und positiv mit dem AfD-Stimmenanteil zusammenhängen.

Dieser Befund lässt sich sehr gut mit einem Diskurs in der Literatur in Zusammenhang bringen, der die Bedeutung der sozialen Zugehörigkeit und des subjektiven sozialen Status für die Unterstützung populistischer Parteien hervorhebt. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass Menschen – wenn ihre grundlegenden Bedürfnisse befriedigt sind – nach sozialer Anerkennung, Sicherheit und Zugehörigkeit streben (*Maslow* 1943). Werden diese Bedürfnisse nicht erfüllt oder fühlen sich Menschen in ihrem sozialen Status bedroht, kann dies soziale Unzufriedenheit hervorrufen. Dabei ist weniger die objektive Lebenssituation entscheidend als vielmehr die subjektive Wahrnehmung der eigenen Stellung innerhalb der sozialen Gruppe, mit der sich Individuen identifizieren. Entscheidend ist also, ob sich Menschen akzeptiert und als Teil einer größeren sozialen Gemeinschaft wahrnehmen (*Gidron und Hall* 2017). Fehlt dieses Zugehörigkeitsgefühl, können Erfahrungen sozialer Ausgrenzung ent-

stehen. Betroffene fühlen sich an den Rand der Gesellschaft gedrängt und haben den Eindruck, „abgehängt“ zu sein (*Gidron und Hall 2017, 2019; Kurer 2020; Inglehart und Norris 2017*). Im räumlichen Kontext wird dieses Phänomen unter dem Begriff vernachlässigter Regionen (im Original: „places that don't matter“) diskutiert und beschreibt Gebiete, deren Bewohner sich wirtschaftlich und gesellschaftlich abgehängt fühlen. In diesem Licht erlebt die Diskussion um die Zweckmäßigkeit von Regionalpolitik, sogenannter Place-based Policies, einen gewissen Paradigmenwechsel. Die jüngere Literatur betrachtet sie als Strategie, sozialen Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt in strukturschwachen Gebieten nachhaltig zu befördern (*Austin et al. 2018; Rodrik 2018; Rodríguez-Pose 2018; Südekum 2025*). Hier steht die empirische Forschung noch relativ am Anfang.²⁰ Zudem finden bestehende Studien widersprüchliche Ergebnisse.²¹ Die Befunde der vorliegenden Studie implizieren, dass solche Maßnahmen der Regionalpolitik nur eine Wirkung erzielen werden, wenn sie einen starken strukturellen und langfristigen positiven Einfluss auf die Lage am Arbeitsmarkt haben und wenn sie mit einer Verbesserung der relativen Lage einhergehen.

²⁰ Evidenz zu den Wirkungen von Place-based Policies liegt etwa im Kontext der EU-Kohäsionspolitik vor (bspw. *Borin et al. 2021; Gold und Lehr 2024; Crescenzi et al. 2020; Albanese et al. 2022*).

²¹ *Heddesheimer et al. (2024)* finden etwa in ihrer Studie, dass eine Reduzierung der Förderkonditionen im Rahmen der deutschen Regionalförderung (konkret: Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“) in Ostdeutschland einhergeht mit einer Reduzierung des AfD-Stimmenanteils in Bundestagswahlen. Die Studie von *Heddesheimer et al. (2026)* argumentiert dagegen, dass Regionalförderung (in diesem Fall im Rahmen des Gesamtdeutschen Systems zur Förderung strukturschwacher Regionen) einen dämpfenden Effekt auf die Unterstützung der AfD in ausgewählten Landtagswahlen hat.

5 Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag untersucht treibende Kräfte für rechtspopulistisches Wahlverhalten (gemessen über den Stimmenanteil der Partei Alternative für Deutschland) in den Wahlen zum Deutschen Bundestag zwischen 2013 und 2025. Die Studie legt einen besonderen Fokus auf Determinanten mit Arbeitsmarktbezug, da sich diese mit Maßnahmen der Wirtschaftspolitik beeinflussen lassen. Beim Aufstieg des rechten Populismus handelt es sich um ein Phänomen, das aktuell in nahezu allen liberalen Gesellschaften westlicher Prägung beobachtet werden kann. In Deutschland trat dieses Phänomen mit zeitlicher Verzögerung auf. Innerhalb Deutschlands waren es die ostdeutschen Regionen, in denen zuerst ein starker Anstieg des AfD-Stimmenanteils beobachtet werden konnte. Mittlerweile holen die westdeutschen Regionen auf. Beim rechten Populismus handelt es sich daher nicht mehr ausschließlich um ein ostdeutsches Phänomen. Die Regressionsanalysen zeigen, dass vor allem historische Niveauunterschiede in der Arbeitslosenquote mit dem AfD-Stimmenanteil zusammenhängen und weniger die kontemporäre Arbeitslosenquote. Regionen, die im Ausgangsniveau eine hohe Arbeitslosenquote hatten, weisen einen stärkeren Rückgang in der Arbeitslosenquote auf als Regionen, die auf einem mittleren oder geringen Niveau der Arbeitslosenquote gestartet sind. Das Niveau der Arbeitslosenquote sinkt substantiell, allerdings bleibt die relative Position dieser Regionen erhalten. Regionen mit hoher ursprünglicher Arbeitslosenquote weisen über den gesamten Beobachtungszeitraum persistent hohe *relative* Arbeitslosenquoten auf. Die Literatur diskutiert dieses Phänomen unter der Überschrift „places that don't matter“ und sieht hier Rechtfertigungsgründe für Place-based Policies. Für Deutschland bedarf es auf diesem Gebiet vertiefender Forschung. Allerdings zeigen die Ergebnisse aus der Literatur, dass die Höhe des Effekts – sofern nachweisbar – auf wenige Prozentpunkte im Stimmenanteil begrenzt ist. Das Gleiche gilt auch für die Zusammenhänge zwischen arbeitsmarktbezogenen Determinanten und dem Stimmenanteil für die AfD, die in dieser Studie untersucht wurden. Aufgrund der komplexen Gemengelage mit verschiedensten sich überlagernden Wirkmechanismen bleibt die Analyse von Determinanten populistischen Wahlverhaltens empirisch eine große Herausforderung.

Literatur

- Albanese, G.; Barone, G.; de Blasio, G.* (2022): Populist Voting and Losers' Discontent: Does Redistribution Matter?, in: [European Economic Review](#), Vol. 141, 104000.
- Algan, Y.; Guriev, S.; Papaioannou, E.; Passari, E.* (2017): The European Trust Crisis and the Rise of Populism, in: [Brookings Papers on Economic Activity](#), Vol. 48 (2), 309–382.
- Anelli, M.; Colantone, I.; Stanig, P.* (2019): We were the Robots: Automation and Voting Behavior in Western Europe. [IZA Discussion Papers](#), No. 12485.
- Austin, B.; Glaeser, E. L.; Summers, L. H.* (2018): Saving the Heartland: Place-based Policies in 21st Century America, in: [Brookings Papers on Economic Activity](#), Spring, Vol. 49 (1), 151–255.
- Autor, D. H.; Dorn, D.; Hanson, G. H.; Majlesi, K.* (2020): Importing Political Polarization? The Electoral Consequences of Rising Trade Exposure, in: [American Economic Review](#), Vol. 10 (10), 3139–3183.
- Backes, A.; Mueller, S.* (2024): Import Shocks and Voting Behavior in Europe Revisited, in: [European Journal of Political Economy](#), Vol. 83, 102528.
- Barone, G.; D'Ignazio, A.; de Blasio, G.; Naticchioni, P.* (2016): Mr. Rossi, Mr. Hu and Politics: The Role of Immigration in Shaping Natives' Voting Behavior, in: [Journal of Public Economics](#), Vol. 136, 1–13.
- Barone, G.; Kreuter, H.* (2021): Low-wage Import Competition and Populist Backlash: The Case of Italy, in: [European Journal of Political Economy](#), Vol. 67, 101970.
- Bechtel, M. M.; Hainmueller, J.* (2011): How Lasting is Voter Gratitude? An Analysis of the Short- and Long-term Electoral Returns to Beneficial Policy, in: [American Journal of Political Science](#), Vol. 55 (4), 852–868.
- Becker, S. O.; Fetzer, T.; Novy, D.; Ioannidou, V.; Mattozzi, A.* (2017): Who Voted for Brexit? A Comprehensive District-level Analysis, in: [Economic Policy](#), Vol. 32 (92), 601–650.
- Bergmann, K.; Diermeier, M.; Kempermann, H.* (2025): AfD gewinnt gerade in Transformationsregionen. IW-Kurzbericht Nr. 62/2025. Institut der deutschen Wirtschaft. <https://hdl.handle.net/10419/321917>
- Borin, A.; Macchi, E.; Mancini, M.* (2021): EU Transfers and Euroscepticism: Can't buy me Love?, in: [Economic Policy](#), Vol. 36 (106), 237–286.
- Brachert, M.; Dettmann, E.; Schneider, L.; Titze, M.* (2024): Evaluation der Gemeinschaftsaufgabe 'Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur' (GRW) durch einzelbetriebliche Erfolgskontrolle – Evaluationsbericht. [IWH Studies](#) 3/2024. Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH).
- Caselli, M.; Fracasso, A.; Traverso, S.* (2020): Globalization and Electoral Outcomes: Evidence from Italy, in: [Economics & Politics](#), Vol. 32 (1), 68–103.
- Colantone, I.; Stanig, P.* (2018a): Global Competition and Brexit, in: [American Political Science Review](#), Vol. 112 (2), 201–218.
- Colantone, I.; Stanig, P.* (2018b): The Trade Origins of Economic Nationalism: Import Competition and Voting Behavior in Western Europe, in: [American Journal of Political Science](#), Vol. 62 (4), 936–953.

Crescenzi, R.; Di Cataldo, M.; Giua, M. (2020): It's not About the Money: EU Funds, Local Opportunities, and Euroscepticism, in: [Regional Science and Urban Economics](#), Vol. 84, 103556.

Danieli, O.; Gidron, N.; Kikuchi, S.; Levy, R. (2024): Decomposing the Rise of the Populist Radical Right. Working paper.

Dettmann, E.; Weyh, A.; Titze, M. (2025): Employment Effects of Investment Grants and Firm Heterogeneity, in: [Regional Studies](#), Vol. 59 (1).

Dippel, C.; Gold, R.; Heblich, S.; Pinto, R. (2022): The Effect of Trade on Workers and Voters, in: [The Economic Journal](#), Vol. 132 (641), 199–217.

Dustmann, C.; Eichengreen, B.; Otten, S.; Sapir, A.; Tabellini, G.; Zoega, G. (2017): Europe's Trust Deficit: Causes and Remedies. [CEPR Press](#).

Dustmann, C.; Vasiljeva, K.; Damm, A. P. (2019): Refugee Migration and Electoral Outcomes; in: [The Review of Economic Studies](#), Vol. 86 (5), 2035–2091.

Fetzer, T. (2019): Did Austerity cause Brexit?, in: [American Economic Review](#), Vol. 109 (11), 3849–3886.

Franz, C.; Fratzscher, M.; Kritikos, A. S. (2018): AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker. [DIW Wochenbericht](#), Vol. 85 (8), 135–144.

*Fratzscher, M. (2023): Das AfD-Paradox: Die Hauptleidtragenden der AfD-Politik wären ihre eigenen Wähler*innen. [DIW aktuell Nr. 88. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung \(DIW Berlin\)](#).*

Frey, C. B.; Berger, T.; Chen, C. (2018): Political Machinery: Did Robots swing the 2016 US Presidential Election?, in: [Oxford Review of Economic Policy](#), Vol. 34 (3), 418–442.

Funke, M.; Schularick, M.; Trebesch, C. (2023): Populist Leaders and the Economy, in: [American Economic Review](#), Vol. 113 (12), 3249–3288.

Gallego, A.; Kurer, T.; Schöll, N. (2021): Not so Disruptive after all: How Workplace Digitalization Affects Political Preferences. [Barcelona GSE Working Paper No. 1263](#).

Gidron, N.; Hall, P. A. (2017): The Politics of Social Status: Economic and Cultural Roots of the Populist Right, in: [British Journal of Sociology](#), Vol. 68 (S1), S57–S84.

Gidron, N.; Hall, P. A. (2019): Populism as a Problem of Social Integration, in: [Comparative Political Studies](#), Vol. 53 (7), 1027–1059.

Gold, R.; Lehr, J. (2024): Paying off Populism: How Regional Policies Affect Voting Behavior. [Kiel Working Paper No. 2266. Kiel Institute for the World Economy](#).

Grunau, P.; Hoffmann, F.; Lemieux, T.; Titze, M. (2025): Who Benefits from Place-based Policies? Evidence from Matched Employer-employee Data. [NBER Working Paper No. 33785. National Bureau of Economic Research](#).

Guiso, L.; Herrera, H.; Morelli, M.; Sonno, T. (2018): Populism: Demand and Supply. [CEPR Discussion Paper No. DP11871](#).

Guriev, S.; Papaioannou, E. (2022): The Political Economy of Populism, in: [Journal of Economic Literature](#), Vol. 60 (3), 753–832.

Halla, M.; Wagner, A. F.; Zweimüller, J. (2017): Immigration and Voting for the far Right, in: [Journal of the European Economic Association](#), Vol. 15 (6), 1341–1385.

Heddesheimer, V.; Hilbig, H.; Posch, D.; Südekum, J. (2026): Regionalpolitik als Stabilitätsanker im Strukturwandel? Evidenz zu den politischen Effekten der Regionalförderung in Deutschland. [Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft Bertelsmann Stiftung](#).

Heddesheimer, V.; Hilbig, H.; Voeten, E. (2025): The Green Transition and Political Polarization along Occupational Lines, in: [American Political Science Review](#).

Heddesheimer, V.; Hilbig, H.; Wiedemann, A. (2024): Place-based Policies, Local Responses, and Electoral Behavior. [Working paper](#).

Hövermann, A. (2025): Die Verdopplung des AfD-Elektorats – Erkenntnisse aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel 2020–2025. [WSI Study Nr. 42. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut](#).

Inglehart, R.; Norris, P. (2016): Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Have-nots and Cultural Backlash. [HKS Faculty Research Working Paper RWP16-026](#).

Inglehart, R.; Norris, P. (2017): Trump and the Populist Authoritarian Parties: The Silent Revolution in Reverse, in: [Perspectives on Politics](#), Vol. 15 (2), 443–454.

Kurer, T. (2020): The Declining Middle: Occupational Change, Social Status, and the Populist Right, in: [Comparative Political Studies](#), Vol. 53 (10–11), 1798–1835.

Malgouyres, C. (2017): Trade Shocks and Far-right Voting: Evidence from French Presidential Elections. [RSCAS Research Paper No. 2017/21. Robert Schuman Centre for Advanced Studies, European University Institute](#).

Margalit, Y. (2019): Economic Insecurity and the Causes of Populism, Reconsidered, in: [Journal of Economic Perspectives](#), Vol. 33 (4), 152–170.

Maslow, A. H. (1943): A Theory of Human Motivation, in: [Psychological Review](#), Vol. 50 (4), 370–396.

Norris, P.; Inglehart, R. (2019): Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism. [Cambridge University Press](#).

Rodríguez-Pose, A. (2018): The Revenge of the Places that don't matter (and what to do about it), in: [Cambridge Journal of Regions, Economy and Society](#), Vol. 11 (1), 189–209.

Rodrik, D. (2018): Populism and the Economics of Globalization, in: [Journal of International Business Policy](#), Vol. 1 (1–2), 12–33.

Steinmayr, A. (2021): Contact versus Exposure: Refugee Presence and Voting for the Far Right, in: [The Review of Economics and Statistics](#), Vol. 103 (2), 310–327.

Südekum, J. (2025): Place-based Policies – How to do them and why, in: [Global Challenges & Regional Science](#), Vol. 1, 100003.

Wagner, A. (2024): Eine Frage der Klasse? Analyse des Parteienwettbewerbs nach Berufsklassen und politischen Präferenzen. [FES diskurs](#). Friedrich-Ebert-Stiftung.

Anhang

Beschreibung der Datenbasis

Die folgenden beiden Arbeitsmarktvariablen stellen die zentralen interessierenden Variablen in der vorliegenden Studie dar. Sie decken die ökonomischen Determinanten für populistisches Wahlverhalten ab. Es handelt sich um Individualdaten, die auf die Gemeindeebene aggregiert wurden:

- Die *Arbeitslosenquote* wird in dieser Untersuchung bestimmt über den Anteil (in Prozent) der gemeldeten Arbeitslosen (inklusive der Arbeitslosen in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen) an der Anzahl Personen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren (erwerbsfähige Bevölkerung). Die Daten stammen aus den integrierten Erwerbsbiografien (IEB) der Bundesagentur für Arbeit (BA). Die Daten zur erwerbsfähigen Bevölkerung stammen von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder (Destatis)²².
- Das *Median-Tagesentgelt* (in Euros) stammt ebenfalls aus der IEB der BA. Bemessungsgrundlage sind wiederum die SvB (inklusive der Personen in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen). Die Gruppe der Beamten, Soldaten und Selbstständigen wird nicht in diesem Indikator berücksichtigt.

Die Studie kontrolliert zudem für wichtige soziodemografische Merkmale, die die Gruppe der nicht-ökonomischen²³ Determinanten populistischen Wahlverhaltens abbilden sollen. Wiederum handelt es sich um Individualdaten, die auf die Gemeindeebene aggregiert wurden:

- *Bildungsabschlüsse* werden über drei Variablen berücksichtigt. Die Variablen werden gebildet anhand von Kategorien zum Ausbildungsabschluss, die in der IEB der BA enthalten sind: Personen ohne Ausbildungsabschluss, Personen mit Berufsabschluss und Personen mit Hochschulabschluss. Basierend auf diesen Angaben werden nunmehr die Anteile (in Prozent) von Personen in einer der drei Ausbildungskategorien an allen SvB berechnet. Die Variable, die den Anteil der Personen mit Hochschulabschluss repräsentiert, dient dabei als Referenzkategorie.
- Der *Anteil Ausländer* (in Prozent) wird berechnet als Anzahl Ausländer geteilt durch die Gesamtbevölkerung. Da die Anzahl an Ausländern in den Bevölkerungsstatistiken der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Destatis) nur auf der Kreisebene und nicht auf der Gemeindeebene ausgewiesen wird, erfolgt eine Approximation der Anzahl an Ausländern mit Hilfe der

²² Das Onlineangebot der Datenbank Genesis Online Regional stellt die Bevölkerungsdaten nach Alterskohorten und Geschlecht auf Gemeindeebene allerdings nur für die Jahre ab 2008 zur Verfügung (Tabelle 12411-02-03-5). Die Daten für 2000 bis 2007 wurden über eine individuelle Abfrage an das Statistische Landesamt Sachsen-Anhalt über eine Zuarbeit aus allen 16 Ländern generiert. Alle Destatis-Variablen liegen zum jeweiligen Gebietsstand vor und müssen über Umschlüsselungstabellen auf den Gebietsstand 2021 umgerechnet werden (vgl. Fußnote 17).

²³ Während bei den meisten Variablen die Zuordnung zu sozialen Determinanten rechtspopulistischen Wahlverhaltens zweifelsfrei möglich ist, lässt sich ausgewählten besonderen Fällen eine Zuordnung sowohl in die Gruppe der ökonomischen als auch in die Gruppe der nicht-ökonomischen Determinanten begründen. Dies ist etwa der Fall bei der Variable zum Anteil der Ausländer.

Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), in denen das Merkmal der Nationalität enthalten ist.²⁴

- Der *Anteil Frauen* (in Prozent) wird berechnet als Anzahl Frauen, die mindestens 18 Jahre alt sind, an der Gesamtbevölkerung derselben Alterskohorte. Die Einschränkung auf das Alter stellt sicher, dass es sich um Personen handelt, die grundsätzlich wahlberechtigt wären. Die betreffenden Daten finden sich in den Bevölkerungsstatistiken von Destatis.²⁵
- *Altersgruppen* werden über fünf Variablen berücksichtigt. Die Variablen werden gebildet anhand der Alterskohorten 18-25, 25-35, 35-55, 55-65 sowie >65 Jahren. Basierend auf diesen Angaben werden nunmehr die Anteile (in Prozent) von Personen in einer der fünf Alterskohorten an allen Einwohnern über 18 Jahren berechnet. Der Variable, die den Anteil der Personen älter als 65 Jahre repräsentiert, dient dabei als Referenzkategorie.²⁶

Schließlich berücksichtigen die Analysen noch geografische Merkmale, die ebenfalls den nicht-ökonomischen Determinanten populistischen Wahlverhaltens zugeordnet werden können. Konkret handelt es sich um Raumtypen, die das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Zuge seiner laufenden Raumbearbeitung gebildet hat. Konkret handelt es sich um zwei kategoriale Variablen für den Raumtyp 2010²⁷:

- Die Gemeinden werden hinsichtlich ihrer *Siedlungsstruktur* in drei Gruppen kategorisiert: überwiegend städtisch (Gemeinden mit mindestens 50% Flächenanteil städtisch geprägter Umgebung), teilweise städtisch (Gemeinden mit mindestens 23% städtisch geprägter Umgebung oder mit einer absoluten Fläche städtisch geprägter Umgebung von mindestens 15 km²)²⁸, ländlich (alle Gemeinden, die nicht in eine der anderen beiden Kategorien fallen). Die Kategorie teilweise städtisch dient in den Analysen als Referenzkategorie.
- Zudem werden die Gemeinden hinsichtlich ihrer *Erreichbarkeit* in vier Gruppen gegliedert, die sich an Schwellwerten der erreichbaren Tagesbevölkerung (Siedlungsschwerpunkte sind innerhalb einer Fahrtzeit von zwei Stunden erreichbar) orientieren²⁹: sehr zentral (mindestens

²⁴ Die Anzahl an Ausländern wird für die vorliegende Untersuchung wie folgt approximiert:

$$Ausländer_g = \left(\frac{DESTATISpop_g}{IABpop_g} \times IABAusländer_g \right) \times \frac{DESTATISAusländer_k}{\sum_{g \in k} \left(\frac{DESTATISpop_g}{IABpop_g} \times IABAusländer_g \right)}$$

Hierbei repräsentieren die Indizes g und k eine Gemeinde bzw. einen Kreis. Die Bezeichnung *pop* kennzeichnet die Gesamtpopulation. Schließlich stehen *DESTATIS* und *IAB* für den jeweiligen Datenlieferanten, also die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Die Variable *DESTATISAusländer_k* stammt aus den Tabellen 12411-03-02-4 und 12411-03-03-4 der Datenbank Genesis Online Regional. Die Variable *DESTATISpop_k* speist sich aus Informationen der Gemeindeverzeichnisse der betreffenden Jahre. Die Destatis-Variablen liegen zum jeweiligen Gebietsstand vor und müssen über Umschlüsselungstabellen auf den Gebietsstand 2021 umgerechnet werden (vgl. Fußnote 17).

²⁵ Zur Datenherkunft vgl. Fußnote 22.

²⁶ Zur Datenherkunft vgl. Fußnote 22.

²⁷ Vgl. hierzu die Informationen unter:

https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbearbeitung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/Raumtypen2010_vbg/Raumtypen2010_LageSied.html.

²⁸ Die Schwellwerte von 23 Prozent und 15 km² stellen Durchschnittswerte für Deutschland dar.

²⁹ Die Schwellwerte ergeben sich aus dem Mittelwert der erreichbaren Tagesbevölkerung von 183 000 Personen plus/minus eine Standardabweichung.

410 000 Personen), zentral (183 000 bis 410 000 Personen), peripher (81 000 bis 183 000 Personen), sehr peripher (unter 81 000 Personen). Die Kategorie peripher dient in den Analysen als Referenzkategorie.

Anhang Tabelle 1

Deskriptive Statistiken (Jahr 2013)

Variable	(1) Mittelwert	(2) Standard- abweichung	(3) Min	(4) Max
<i>Abhängige Variable:</i>				
Zweitstimmenanteil der AfD (in %)	4,7	1,8	0,2	22,7
<i>Erklärende Variablen:</i>				
1) Arbeitsmarkt				
Arbeitslosenquote (in %)	3,6	2,2	0,0	21,0
Median-Tagesentgelt (in Euro)	67,0	8,9	11,1	133,0
Ausgangsniveau der Arbeitslosenquote (Ø 2000-2012 in %)	5,4	3,4	0,5	27,4
Ausgangsniveau des Median-Tagesentgelts (Ø 2000-2012 in €)	63,2	8,4	20,9	110,0
2) Bildungsabschlüsse				
Anteil SvB ohne Schulabschluss an allen SvB (in %)	10,9	4,5	0,0	44,1
Anteil SvB mit Berufsabschluss an allen SvB (in %)	79,0	5,9	42,0	96,3
Anteil SvB mit Hochschulabschluss an allen SvB	10,1	4,8	0,0	44,6
3) Soziodemografische Merkmale				
Anteil Ausländer (in %)	7,5	7,6	0,0	85,4
Anteil Frauen (älter als 18 Jahre) an der Gesamtbevölkerung (älter als 18 Jahre) (in %)	50,4	1,7	21,4	64,9
Anteil der Altersgruppe der ... an der Gesamtbevölkerung (älter als 18 Jahre) (in %)				
über 18- und unter 25-Jährigen	8,4	2,3	1,0	28,8
über 25- und unter 35-Jährigen	12,4	2,4	2,2	29,0
über 35- und unter 55-Jährigen	37,0	3,5	18,8	53,2
über 55- und unter 65-Jährigen	17,7	2,6	6,1	37,0
über 65-Jährigen	24,6	4,1	5,2	59,4
<i>Häufigkeit (in %)</i>				
4) Geografie - Siedlungsstruktur				
überwiegend städtisch	21,0			
teilweise städtisch (Referenzkategorie)	13,0			
ländlich	66,0			
5) Geografie - Erreichbarkeit				
sehr zentral	9,2			
zentral	30,6			
peripher (Referenzkategorie)	43,9			
sehr peripher	16,4			

Quellen: Wahlergebnisse: Bundeswahlleiterin. Variablengruppen 1) und 2): IAB, 3): Statistisches Bundesamt und IAB, 4) und 5) Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

Anhang Tabelle 2

Deskriptionen der Bundestagswahlstatistik

Panel A: Wahlbeteiligung (in %)

Makroregion	Bundestagswahl	2013	2017	2021	2025	2013-2025
Westdeutschland	<i>Baden-Württemberg</i>	76,0	80,0	79,9	85,3	80,3
	<i>Bayern</i>	72,0	80,1	82,5	86,5	80,3
	<i>Bremen</i>	66,9	68,2	68,7	75,1	69,7
	<i>Hamburg</i>	70,3	76,0	77,8	80,9	76,2
	<i>Hessen</i>	74,7	78,4	77,8	84,5	78,9
	<i>Niedersachsen</i>	76,0	78,8	77,9	85,8	79,6
	<i>Nordrhein-Westfalen</i>	74,1	77,1	78,5	83,9	78,4
	<i>Rheinland-Pfalz</i>	77,7	82,5	82,3	87,9	82,6
	<i>Saarland</i>	74,3	78,2	79,2	83,9	78,9
	<i>Schleswig-Holstein</i>	77,8	80,7	83,6	88,4	82,6
Ostdeutschland	<i>Berlin</i>	72,5	75,6	75,2	80,3	75,9
	<i>Brandenburg</i>	69,2	74,6	77,1	83,4	76,1
	<i>Mecklenburg-Vorpommern</i>	67,1	73,5	75,1	84,3	75,0
	<i>Sachsen</i>	71,6	77,2	78,7	82,8	77,6
	<i>Sachsen-Anhalt</i>	63,1	69,2	69,5	79,8	70,4
	<i>Thüringen</i>	73,5	80,0	81,3	86,4	80,3

Panel B: Anteil Briefwähler (in %)

Makroregion	Bundestagswahl	2013	2017	2021	2025	2013-2025
Westdeutschland	<i>Baden-Württemberg</i>	19,5	24,5	48,8	36,2	32,3
	<i>Bayern</i>	33,7	36,2	63,2	53,5	46,6
	<i>Bremen</i>	18,8	22,7	41,5	29,0	28,0
	<i>Hamburg</i>	30,5	37,0	51,3	40,7	39,9
	<i>Hessen</i>	20,9	24,7	50,3	35,2	32,8
	<i>Niedersachsen</i>	16,6	20,0	31,2	24,6	23,1
	<i>Nordrhein-Westfalen</i>	24,6	29,9	47,2	36,2	34,5
	<i>Rheinland-Pfalz</i>	23,2	30,7	57,0	44,0	38,7
	<i>Saarland</i>	20,8	24,8	38,9	37,5	30,5
	<i>Schleswig-Holstein</i>	14,8	18,7	28,3	24,9	21,7
Ostdeutschland	<i>Berlin</i>	28,0	33,4	47,2	39,7	37,1
	<i>Brandenburg</i>	12,8	17,9	29,8	25,2	21,4
	<i>Mecklenburg-Vorpommern</i>	15,0	20,6	30,5	25,3	22,8
	<i>Sachsen</i>	13,0	17,0	27,6	26,1	20,9
	<i>Sachsen-Anhalt</i>	12,1	14,9	29,0	23,4	19,8
	<i>Thüringen</i>	12,1	15,5	26,1	20,0	18,4

Panel C: Anteil ungültiger (Zweit)Stimmen (in %)

Makroregion	Bundestagswahl	2013	2017	2021	2025	2013-2025
Westdeutschland	Baden-Württemberg	1,3	1,1	0,9	0,5	1,0
	Bayern	0,9	0,7	0,5	0,3	0,6
	Bremen	1,2	1,3	0,9	0,7	1,0
	Hamburg	1,2	0,7	0,5	0,5	0,7
	Hessen	2,8	1,5	1,3	0,8	1,6
	Niedersachsen	0,9	0,7	0,8	0,5	0,7
	Nordrhein-Westfalen	1,1	0,8	0,8	0,6	0,8
	Rheinland-Pfalz	1,8	1,3	1,1	0,8	1,3
	Saarland	2,8	1,8	1,9	1,0	1,9
	Schleswig-Holstein	1,1	0,8	0,8	0,5	0,8
Ostdeutschland	Berlin	1,5	1,2	1,6	0,6	1,2
	Brandenburg	1,9	1,5	1,4	0,7	1,4
	Mecklenburg-Vorpommern	1,7	1,2	1,9	0,8	1,4
	Sachsen	1,8	1,4	1,3	0,7	1,3
	Sachsen-Anhalt	1,8	1,6	1,1	0,8	1,3
	Thüringen	1,6	1,4	1,3	0,7	1,3

Anmerkungen: Ungewichtete Durchschnitte auf Gemeindeebene. Wegen gemeindeübergreifender Briefwahlbezirke werden die Briefwahlen gewichtet mit der Anzahl Wahlberechtigter auf die jeweilige Gemeinde umgerechnet. Für einzelne Gemeinden liegen die Wahlergebnisse nicht für alle vier Jahre vor.

Quelle: Bundeswahlleiterin.

Anhang Tabelle 3

Deutschlandweite Zweitstimmenanteile der AfD in Bundestagswahlen 2013-2025: deskriptive Ergebnisse aus Differenz-von-Differenzen-Schätzungen

Abhängige Variable: Sample Average Zweitstimmenanteil der AfD (in %)	Deutschland					Westdeutschland					Ostdeutschland				
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
Erklärende Variablen:															
1) Arbeitsmarkt															
Arbeitslosenquote (in %)	-0.148*** (0.023)	0.385*** (0.021)	0.102*** (0.034)	-0.098*** (0.032)	-0.099*** (0.033)	-0.014 (0.025)	0.482*** (0.024)	0.241*** (0.033)	0.042 (0.030)	0.040 (0.030)	-0.386*** (0.045)	0.238*** (0.039)	-0.014 (0.057)	-0.188*** (0.048)	-0.193*** (0.049)
Median-Tagesentgelt (in Euro)	-0.032*** (0.006)	0.061*** (0.004)	0.002 (0.007)	0.009 (0.006)	0.007 (0.008)	-0.022*** (0.006)	0.087*** (0.003)	0.015*** (0.005)	0.019*** (0.005)	0.009 (0.008)	-0.122*** (0.025)	-0.143*** (0.017)	-0.056** (0.026)	-0.039 (0.027)	-0.063*** (0.022)
Ausgangsniveau der Arbeitslosenquote (Ø 2000-2012 in %)				0.326*** (0.053)	0.328*** (0.055)				0.518*** (0.045)	0.530*** (0.045)			0.232*** (0.075)		0.246*** (0.086)
Ausgangsniveau des Median-Tages-entgelts (Ø 2000-2012 in €)					0.004 (0.009)					0.022** (0.009)					0.044 (0.042)
2) Bildungsabschlüsse															
Anteil SvB ohne Schul- abschluss an allen SvB (in %)	0.313*** (0.021)	0.248*** (0.012)	0.282*** (0.016)	0.252*** (0.017)	0.252*** (0.017)	0.305*** (0.021)	0.311*** (0.011)	0.278*** (0.017)	0.230*** (0.016)	0.232*** (0.016)	0.361*** (0.061)	-0.085* (0.045)	0.213*** (0.041)	0.169*** (0.044)	0.166*** (0.045)
Anteil SvB mit Berufs- abschluss an allen SvB (in %)	0.444*** (0.017)	0.295*** (0.006)	0.274*** (0.011)	0.255*** (0.012)	0.255*** (0.011)	0.459*** (0.018)	0.303*** (0.006)	0.265*** (0.011)	0.247*** (0.011)	0.247*** (0.011)	0.379*** (0.043)	0.220*** (0.020)	0.306*** (0.034)	0.279*** (0.033)	0.284*** (0.034)
Anteil SvB mit Hochschulabschluss an allen SvB (Referenzkategorie)															
3) Soziodemografische Merkmale															
Anteil Ausländer (in %)	-0.005 (0.006)	0.003 (0.004)	-0.001 (0.005)	0.001 (0.005)	0.001 (0.005)	0.008 (0.006)	-0.008** (0.004)	-0.002 (0.005)	-0.004 (0.005)	-0.004 (0.004)	-0.069*** (0.018)	-0.029** (0.013)	-0.041*** (0.014)	-0.033** (0.013)	-0.033*** (0.013)
Anteil Frauen (älter als 18 Jahre) an der Ge- samtbevölkerung (älter als 18 Jahre) (in %)	-0.083*** (0.021)	-0.045** (0.018)	-0.049*** (0.017)	-0.045*** (0.016)	-0.045*** (0.016)	-0.059*** (0.022)	0.006 (0.018)	-0.016 (0.016)	-0.032** (0.015)	-0.031** (0.015)	-0.124* (0.068)	-0.118*** (0.043)	-0.108** (0.046)	-0.082* (0.045)	-0.084* (0.046)
Anteil der Altersgruppe der ... an der Gesamtbevölkerung (älter als 18 Jahre) (in %)															
über 18- und unter 25-Jährigen	-0.071*** (0.020)	-0.106*** (0.017)	-0.066*** (0.020)	-0.060*** (0.020)	-0.060*** (0.020)	-0.078*** (0.020)	-0.039** (0.016)	-0.035* (0.019)	-0.026 (0.020)	-0.027 (0.020)	-0.048 (0.058)	-0.188*** (0.058)	-0.055 (0.054)	-0.053 (0.052)	-0.055 (0.051)

Deutschland						Westdeutschland					Ostdeutschland				
Abhängige Variable: Sample Average Zweitstimmenanteil der AfD (in %)															
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	
über 25- und unter 35-Jährigen	0.028 (0.017)	0.006 (0.013)	0.077*** (0.014)	0.071*** (0.014)	0.071*** (0.014)	0.034** (0.017)	0.057*** (0.011)	0.093*** (0.015)	0.081*** (0.014)	0.083*** (0.014)	0.015 (0.046)	-0.080** (0.036)	0.034 (0.033)	0.032 (0.033)	
über 35- und unter 55-Jährigen	0.047*** (0.017)	0.065*** (0.010)	0.086*** (0.013)	0.091*** (0.012)	0.090*** (0.012)	0.047*** (0.016)	0.051*** (0.009)	0.057*** (0.012)	0.068*** (0.012)	0.066*** (0.012)	0.035 (0.041)	0.121*** (0.024)	0.132*** (0.022)	0.130*** (0.021)	
über 55- und unter 65-Jährigen	0.005 (0.016)	0.063*** (0.013)	0.049*** (0.018)	0.057*** (0.017)	0.056*** (0.017)	-0.021 (0.015)	0.003 (0.013)	-0.005 (0.016)	0.013 (0.016)	0.011 (0.016)	0.057 (0.036)	0.117*** (0.031)	0.124*** (0.031)	0.119*** (0.031)	
über 65-Jährigen (Referenzkategorie)															
4) Geografie - Siedlungsstruktur															
überwiegend städtisch		0.025 (0.081)	0.090 (0.071)	0.034 (0.069)	0.033 (0.069)		-0.040 (0.073)	0.032 (0.068)	-0.011 (0.067)	-0.023 (0.067)		-0.139 (0.277)	-0.047 (0.190)	-0.167 (0.188)	-0.182 (0.192)
teilweise städtisch (Referenzkategorie)															
ländlich		-0.232*** (0.075)	-0.105 (0.066)	-0.058 (0.069)	-0.058 (0.068)		-0.232*** (0.069)	-0.153** (0.068)	-0.072 (0.066)	-0.072 (0.066)		-0.464** (0.231)	-0.154 (0.144)	-0.139 (0.154)	-0.122 (0.158)
5) Geografie - Erreichbarkeit															
sehr zentral		0.880*** (0.110)	0.161 (0.180)	0.148 (0.175)	0.141 (0.174)		0.880*** (0.102)	0.365** (0.177)	0.356** (0.178)	0.318* (0.177)		-1.243*** (0.449)	-1.183** (0.453)	-0.947** (0.437)	-1.040** (0.441)
zentral		0.621*** (0.062)	0.215** (0.102)	0.229** (0.102)	0.228** (0.102)		0.765*** (0.059)	0.444*** (0.092)	0.459*** (0.097)	0.452*** (0.096)		-0.733*** (0.230)	-0.879*** (0.269)	-0.798*** (0.265)	-0.812*** (0.268)
peripher (Referenzkategorie)															
sehr peripher		0.618*** (0.103)	0.235 (0.181)	0.119 (0.186)	0.122 (0.185)		0.435*** (0.111)	0.109 (0.217)	0.133 (0.191)	0.158 (0.187)		0.192 (0.195)	-0.087 (0.265)	-0.165 (0.285)	-0.166 (0.284)
6) Fixe Effekte															
Bundesland-Jahr	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Kreis		X	X	X	X			X	X	X			X	X	X
Gemeinde	X					X					X				
Anzahl Observationen	42.134	42.135	42.135	42.135	42.135	32.589	32.590	32.590	32.590	32.590	9.545	9.545	9.545	9.545	9.545
Anzahl Gemeinden	10.568	10.569	10.569	10.569	10.569	8.177	8.178	8.178	8.178	8.178	2.391	2.391	2.391	2.391	2.391

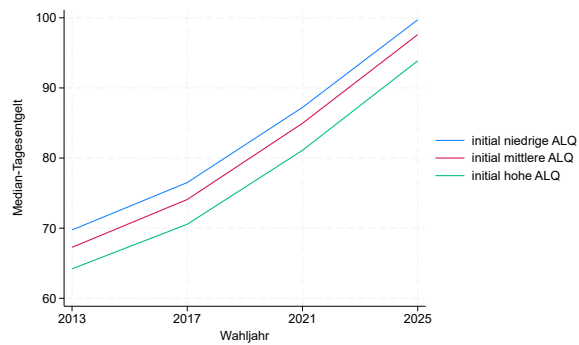
Anmerkungen: Robuste Standardfehler in Klammern. Standardfehler geclustert auf der Ebene der Gemeinden, mit Ausnahme der Spezifikation mit kreisfixen Effekten, bei denen die Standardfehler auf der Ebene der Kreise geclustert sind. Kleine Gemeinden sind von der Analyse ausgeschlossen. Für einzelne Gemeinden liegen die Wahlergebnisse nicht für alle 4 Jahre vor.

Quellen: Wahlergebnisse: Bundeswahlleiterin. Variablengruppen 1) und 2): IAB, 3): Statistisches Bundesamt und IAB, 4) und 5) Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

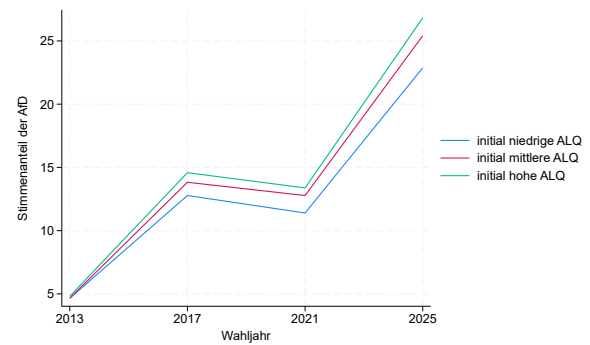
Anhang Abbildung 1

Entwicklung von Löhnen und AfD-Stimmenanteilen nach Ausgangsniveau der Arbeitslosenquote

I. Löhne



II. AfD Stimmenanteil



Anmerkungen: Die initialen Werte für das Median-Tagesentgelt wurden auf Basis des Durchschnitts der Jahre 2000-2012 bestimmt. Gemeinden mit niedrigem Median-Tagesentgelt entsprechen dem unteren Dezil (10. Perzentil), Gemeinden mit hohem Median-Tagesentgelt dem oberen Dezil (90. Perzentil) der Verteilung der Median-Tagesentgelte. Die dargestellten Kurven repräsentieren Vorhersagewerte aus einer Regression mit kreisfixen Effekten, bereinigt um die kreisspezifischen Effekte.

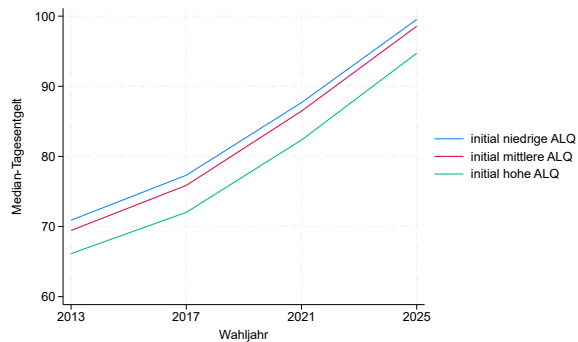
Quellen: Wahldaten: Bundeswahlleiterin. Arbeitsmarktdaten: IAB. Eigene Berechnungen und Darstellungen.

Anhang Abbildung 2

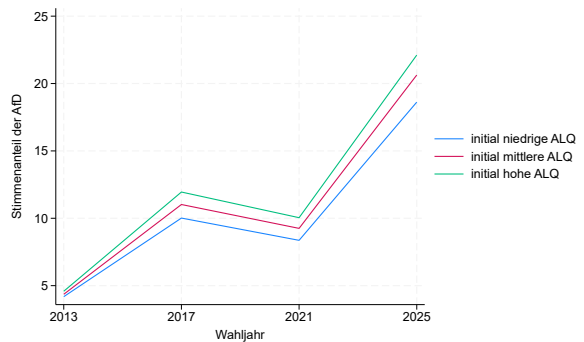
Entwicklung von Löhnen und AfD-Stimmenanteilen nach Ausgangsniveau der Arbeitslosenquote in West- und Ostdeutschland

Panel A - Westdeutschland

A.I. Löhne

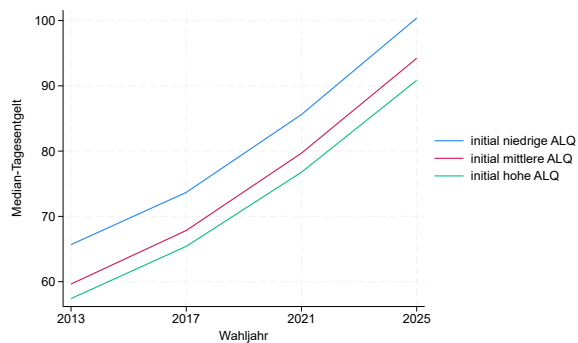


A.II. AfD Stimmenanteil

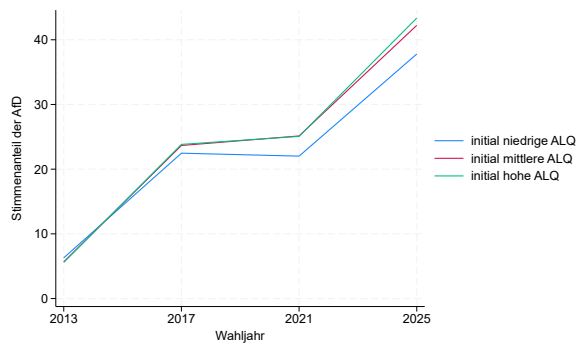


Panel B - Ostdeutschland

B.I. Löhne



B.II. AfD Stimmenanteil



Anmerkungen: Die initialen Werte für das Median-Tagesentgelt wurden auf Basis des Durchschnitts der Jahre 2000-2012 bestimmt. Gemeinden mit niedrigem Median-Tagesentgelt entsprechen dem unteren Dezil (10. Perzentil), Gemeinden mit hohem Median-Tagesentgelt dem oberen Dezil (90. Perzentil) der Verteilung der Median-Tagesentgelte. Die dargestellten Kurven repräsentieren Vorhersagewerte aus einer Regression mit kreisfixen Effekten, bereinigt um die kreisspezifischen Effekte.

Quellen: Wahldaten: Bundeswahlleiterin. Arbeitsmarktdaten: IAB. Eigene Berechnungen und Darstellungen.



Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

www.iwh-halle.de

ISSN 2702-4733



Das IWH wird von Bund und Ländern gefördert.